

Pax Christi Erzdiözese
München und Freising e.V.
Landwehrstr. 44
80336 München
Postvertriebsstück
B 13321 F
Gebühr bezahlt

Ich liebe den **Moment nach der Entscheidung**, nach dem Wählen eines Weges,



wenn es kein Zurück mehr gibt und alle
Energien in eine Richtung fließen.

Dieser Moment der Freiheit,
der noch im Schatten der Angst steht,
dass ich die falsche Entscheidung
getroffen habe,
dieser Moment beansprucht alle Kraft,
damit Raum entsteht,
in dem Leben sich ausdehnen kann.

Diese konzentrierte Einseitigkeit,
dieses Vertrauen mit dem ganzen Wesen,
dieses Glauben, dass ich beteiligt bin
an den Entschlüssen, die Leben fördern,
diese Lebendigkeit liebe ich.

Mit diesem Text von Ulrich Schaffer (entnommen dem Buch „Ich-stark“ von Hubert Klingenberger und Viola Zintl, Don Bosco Verlag 2001, ISBN 3-7698-1284-0) möchte ich mich von Ihnen/Euch verabschieden. Das Buch macht tatsächlich fit für einen besseren Umgang mit Entscheidungsfragen, hilft - wie der Untertitel besagt: - sich selbst besser zu verstehen (Deutungskompetenz) und tragfähige Entscheidungen zu treffen (Entscheidungskompetenz). Der dritte Teil „Konflikte wagen und bestehen“ (Aushandlungskompetenz) kommt zwar m.E. auch in diesem Buch zu kurz, hat aber ausgereicht – wie Martin Pilgram im Vorwort bekannt gibt –, einer einvernehmlichen Trennung von Pax Christi nun doch zu zu stimmen.

Allen, die mich in den vergangenen neun Jahren begleitet, gestützt und auch immer wieder auf den Boden zurück geholt haben, gilt mein herzlicher Dank.
Mit dem Wort des Psalmisten sage ich Ade:

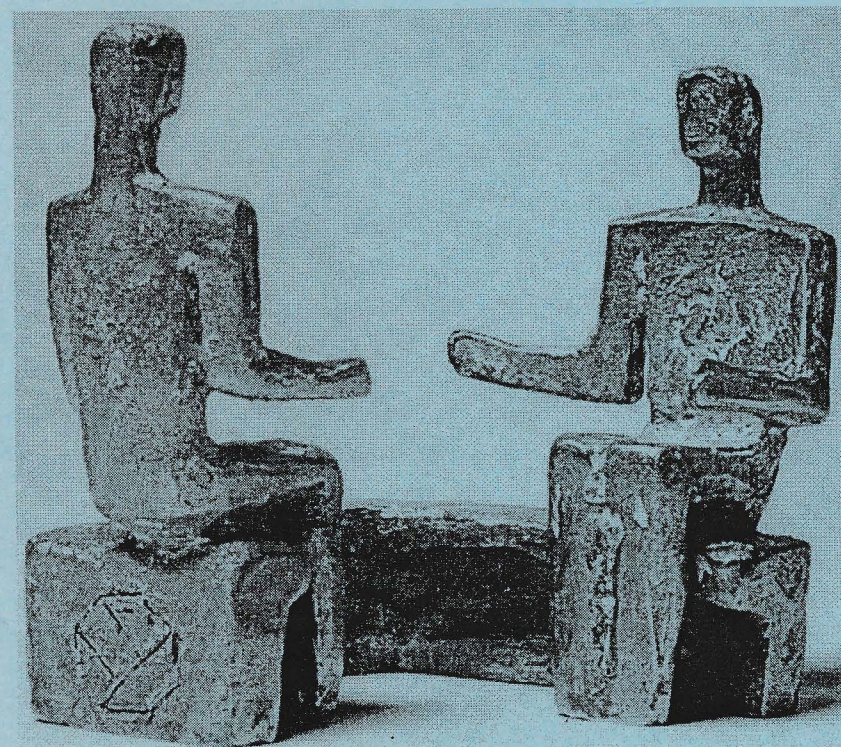
„Schaffe in uns, Gott, ein reines Herz
und gib uns einen neuen beständigen Geist.
Verwirf uns nicht vor Deinem Angesicht
und nimm Deinen heiligen Geist nicht von uns!“

Franz J. Herz, Friedensarbeiter



rundbrief
der
Bistumsstelle München
Sommer 2 / 2001

Begegnung mit dem Judentum



"Gegenüber", Bronzeplastik von Christine Stadler (1969)

Anmerkungen zu diesem Rundbrief

Der aktuelle Rundbrief führt die Machart des letzten Rundbriefes weiter. Durch die Übernahme von Aufgaben in der Bistumsstelle ist es mir allerdings nicht gelungen den aktuellen Rundbrief ein wenig vom Gemischtwarenladen von Gedanken aus der Bewegung wegzuführen zu einem mehr zielgerichteten Publikationsorgan, in dem bestimmte Themen aufgegriffen werden, die die Diskussion in unserer Bewegung heute bestimmen und weiterführen könnten.

So bestimmt diesen Rundbrief ein Rückblick auf die Diözesanversammlung mit einer Zusammenfassung der Entscheidungen sowie einem der beiden Impulsreferate und den Resolutionen. Leider haben wir praktisch keine Rückmeldung auf eine der beiden Resolutionen bekommen. Eine Antwort auf die Landminenresolution ging uns zur Drucklegung auf Nachfrage noch zu. Sicherlich auch ein Punkt, über den es nachzudenken gilt.

Eine Weiterführung unserer Annäherung an das Judentum soll mit der diesjährigen Diözesanwallfahrt geleistet werden. Am 15. Juli (Sonntag!) wollen wir die Augsburger Synagoge besuchen. Ich würde mich freuen, dazu wieder möglichst viele unserer Mitglieder aus dem ganzen Bistum begrüßen zu können. Für mich ist diese Wallfahrt immer einer der Kristallisationspunkte unserer Pax Christi Arbeit auf Diözesanebene gewesen. Dies gerade auch für Mitglieder, die nicht in Gruppen mitarbeiten konnten.

Stefan Pickl wollte uns schon auf der Diözesanversammlung für eine Haltung zur deutschen Atompolitik gewinnen. Damals blieb dazu keine Zeit, deshalb hier seine Ausführungen zur aktuellen Situation als Anregung für einen Diskussionsprozess.

Martin Pilgram

Impressum

Herausgeber: **PAX CHRISTI Erzdiözese München und Freising e.V.**
Landwehrstr. 44, 80336 München, Tel. und Fax: 089 / 54 38 515

Redaktion: Martin Pilgram (V.i.S.d.P.), Gertrud Scherer, Franz Josef Herz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen aus Platzgründen vor. Der Rundbrief erscheint vier Mal im Jahr. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag bereits enthalten.

2 | **Redaktionsschluss** der nächsten Ausgabe (Juli 2/2001)
am **Freitag, 15. September 2001**

Vorwort

Liebe Mitglieder und Förderer,
liebe Freundinnen, Freunde und kritische Begleiter von Pax Christi,

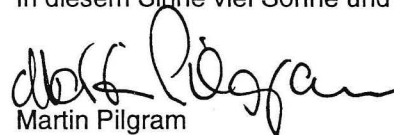
auf der Diözesanversammlung am 17. März in Leiden Christi übernahm ich kommissarisch die Leitung der Bistumsstelle mit der Maßgabe das Arbeitsverhältnis mit unserem Friedensarbeiter zu beenden. Die schon im letzten Rundbrief angerissenen Probleme zwischen der Bistumsstelle und dem Friedensarbeiter ließen sich nicht aus dem Wege schaffen und führten dazu, daß die alte Bistumsstelle sich auf der Diözesanversammlung nicht zu einer Wiederwahl bereit fand.

Anfang Juni haben wir uns mit Franz geeinigt, wie es weiter gehen soll. Er wird uns nur noch bis Ende September zur Verfügung stehen. Ob wir dann einen neuen Friedensarbeiter oder eine -arbeiterin brauchen, welche Aufgaben er/sie wahrnehmen soll und ähnliche Fragen müssen wir umgehend diskutieren. Ihr seid alle dazu eingeladen.

Eine Seite des Ausscheidens von Franz beschreibt Ludwig Bauer in seinem Leserbrief, der in diesem Rundbrief ohne Kommentar erscheint.

Nach der Klärung mit Franz hoffen wir, dass auf der Diözesanversammlung am 20. Oktober wieder eine komplette Leitung gewählt werden kann. Eine Diskussion wer die möglichen Kandidaten sein könnten, wird hoffentlich umgehend beginnen. Über die Gruppensprecher kann diese Diskussion auch auf der erweiterten Bistumsstellensitzung am 20. Juli in St. Ignatius stattfinden. Natürlich kann auch unser Friedensweg nach Augsburg am 15. Juli dazu Gelegenheit bieten. Sprecht Menschen an, die Ihr für geeignet haltet, für Friedensarbeit zu begeistern. Personalangelegenheiten sollten uns nicht weiter daran hindern, unsere Vorstellungen von Friedensarbeit wieder neu mit Leben zu füllen.

In diesem Sinne viel Sonne und eine erholsame Ferienzeit


Martin Pilgram

Pax Christi Sprecher
in der Erzdiözese München und Freising

Inhalt

Impressum.....	2
Vorwort.....	3
Inhalt.....	4
Diözesanversammlung März 2001.....	5
Die Diözesanversammlung - Zusammenfassung.....	5
Impulsreferat.....	6
Maria E. Drach, Jüdische Gemeinde Beth Shalom.....	6
Resolutionen.....	10
Landminen.....	10
Münchner Appell und Selbstverpflichtung.....	12
Pax Christi Friedensweg.....	14
Asyl.....	16
Wie leben Abschiebehäftlinge in der Justizvollzugsanstalt Ihrer Stadt.....	16
Strukturelle Gewalt gegen Flüchtlinge überwinden.....	16
Wenn Gesetze Unmenschliches fordern.....	17
Für eine Neuordnung der Integrationspolitik.....	18
Moderne Konzepte statt alter Fehler.....	18
Deserteure aus dem ehe. Jugoslawien.....	20
Appell für die Pressefreiheit.....	21
Deutsche in Polen - gestern und heute.....	22
Neues aus Benkovac.....	25
Eröffnung des Friedensmuseums in Lindau.....	27
Konflikt als Chance.....	28
Zur deutschen Atompolitik und dem Widerstand gegen Kernkraftwerke seit Sommer 2000 - Überblick und Bewertung.....	29
Pax Christi International.....	33
Kurzmeldungen.....	33
Leserbriefe.....	36
Blick ins Internet.....	41
Terminübersicht.....	42
Gruppen und Kontaktadressen in unserer Diözese.....	43

Diözesanversammlung März 2001

Die Diözesanversammlung - Zusammenfassung

Diözesanversammlung von Pax



Christi München, am 17.3.2001 im Pfarrzentrum von Leiden Christi

Der Vormittag stand unter dem Motto "Gegen das Vergessen und Verdrängen für eine interkulturelle Gesellschaft". Eingeladen waren Frau Maria Drach, von der Jüdischen Gemeinde Beth Shalom, und Herr Eyup Besir, von der Muslimischen Gemeinde Pasing. Die Impulsreferate der beiden Gäste, an die sich intensive Arbeitsgruppen anschlossen, sind an anderer Stelle in diesem Heft abgedruckt bzw. werden im nächsten Heft erscheinen.

Der Nachmittag war der Aussprache über den Jahresbericht und der Neuwahl des Sprecherteams gewidmet. Wer den genauen Verlauf dieser Sitzung nachlesen möchte, kann das ausführliche Protokoll bei der Bistumsstelle anfordern. Ein herzliches "Danke!" an die Protokollantin Gabriele Schuster.

Nach der Aussprache zum Jahresbericht 2000 der Bistumsstelle, und der Entlastung des Vorstandes, verlasen die Sprecher eine Erklärung zu den Konflikten in der Zusammenarbeit mit dem Friedensarbeiter Franz J. Herz

und ihres Entschlusses, nicht erneut für das Sprecheramt zu kandidieren. Zunächst konnten für die Neuwahl keine Kandidatinnen und Kandidaten gefunden werden. Eine Vielzahl von verschiedensten Anträgen bestimmte weite Teile des Entscheidungsfindungsprozesses. Eine Lösung brachte schließlich der Vorschlag, ein Sprecherteam zu wählen, das nur bis zu einer erneuten Versammlung im Oktober 2001 kommissarisch als Vorstand agiert. Diesem neu zu wählenden kommissarischen Vorstand wurde von der Diözesanversammlung mehrheitlich der Auftrag erteilt, in dieser Zeit das Arbeitsver-



hältnis mit dem Friedensarbeiter einvernehmlich zu lösen.

Der danach neu gewählte Vorstand besteht aus einem Sprecher (Martin Pilgram) und einer geistlichen Beirätin (Irma Biechele). Es

gab keine Kandidatur für das Amt der Sprecherin. Der Geschäftsführer (Othmar Schneider), die Kassenprüfer (Wilhelmine Müller und Hans Kürzinger) und die beisitzenden Fachleute (Lore Schelbert, Gertrud Scherer, Annemarie Schmitz und Rosemarie Wechsler) wurden per Akklamation in ihren Ämtern bestätigt.

Drei weitere Anträge kamen am Ende der Diözesanversammlung zur Verabschiedung.

Das ist zum einen der "Münchner Appell", der in der Presse veröffentlicht werden sollte, zum anderen ist es ein Brief an den Bundeskanzler bezüglich des Verbotes von Landminen. Beide Papiere sind in diesem Heft abgedruckt.

Der dritte Antrag betraf Geldüberweisungen der Bistumsstelle an den Pax Christi e.V.: mehrheitlich wurde entschieden, dass vom Zeitpunkt der Diözesanversammlung (17.3.2001) bis zu einer erneuten Versammlung im Oktober 2001, die Bistumsstelle keine Gelder mehr an den Pax Christi München und Freising e.V. mehr überweisen darf.

An dieser Stelle noch einmal ein herzliches danke an die Gruppe von Leiden Christi für die Gastfreundschaft und Organisation des Tages!

Irma Biechele
Martin Pilgram

Impulsreferat

Maria E. Drach, Jüdische Gemeinde Beth Shalom

Gegen das Vergessen und Verdrängen für eine interkulturelle Gesellschaft

Guten Morgen, meine Damen und Herren,

ich möchte mich ganz herzlich für die Einladung bedanken. Zunächst möchte ich mich selbst kurz vorstellen, und hier muss ich gleich etwas korrigieren, nämlich ich bin nicht

Bitte Vormerken:
Außerordentliche Diözesan-
versammlung,
zur Neuwahl eines Spre-
cherteams und des Geistli-
chen Beirates,
am 20 Oktober 2001!

Die Tagesordnung und der
genaue Ort der Versammlung
werden in einer gesonderten
Einladung bekannt gegeben.

Vorstand der liberalen jüdischen Gemeinde Beth Shalom, sondern Vorstandsmitglied. Mein Name ist also Maria Drach. Ich wurde nach dem Krieg in Deutschland geboren und bin auch hier aufgewachsen.

Sie werden sich vielleicht fragen, was das zur Sache tut. Das möchte ich kurz erklären. Wenn das Gespräch darauf kommt, dass ich Jüdin bin, folgt sehr oft eine kurze Pause und dann die Frage, seit wann ich hier bin. Auf meine Antwort, dass ich hier geboren bin, folgt dann, ob ich denn Jüdin von der Religion oder der Rasse bin? Spätestens an diesem Punkt muss ich erst einmal schlucken, um angemessen reagieren zu können, womit wir auch schon beim Thema sind.



Als Ralph Deja mich fragte ob ich zu diesem Thema kurz referieren wolle, sagte ich zunächst spontan Ja, da ich der Meinung bin, nur durch intensiven Dialog und verbessertes Wissen können Berührungsängste abgebaut werden. Als ich aber dann darüber nachdachte, was ich sagen soll, wurde es schon schwieriger. Warum? Ich möchte mich eigentlich nicht als Minderheit fühlen in dem Land, in dem nicht geboren und aufgewachsen bin. Damit wäre also eigentlich alles gesagt. Da man aber über alles sprechen kann, nur nicht über 20 Minuten, hole ich ein bisschen weiter aus.

Wir Juden feierten letztes Wochenende Purim. Der ernste und historische Hintergrund dieses freudigen

Festes ist in der Erzählung des biblischen Buches Esther festgehalten. Dort wird berichtet, wie die Juden des alten Persischen Großreichs vor einem Pogrom gerettet wurden. Diesen plante Hamann, der erste Minister des Persischen Königs Ahasverosh, da der Jude Mordechai es abgelehnt hat, dem Minister zu huldigen und sich vor ihm zu verneigen. Hamann war über Mordechai so verärgert, dass er die Vernichtung aller Juden beim König erwirkte. Durch Los (Persisch = Purim) wurde hierfür der 14. Adar bestimmt. Nun muss die Nichte Mordechais, Esther, die Ahasverosh zur Königin gemacht hatte, eine Überlebenswichtige Aufgabe für ihr Volk erfüllen. Esther erinnert Ahasverosh daran, dass Mordechai sein Leben einmal vor Verschwörern gerettet hatte, und bekennt sich auch gleichzeitig zu ihrem Volk. Das war ein großes Risiko, aber sie konnte den König umstimmen. Hamann wird gedemütigt und hingerichtet, Mordechai wird vom König geehrt und wird nun selbst erster Minister.

Nach damals bestehenden Recht konnte zwar der Befehl des Königs zur Tötung der Juden nicht aufgehoben werden, aber er konnte durch einen anderen ersetzt werden, also erging der Befehl, alle Antisemiten hinzurichten. Tausende von Menschen, darunter die 10 Söhne Hamanns, wurden innerhalb weniger Tage hingerichtet. Der Tag, der zum Untergang des jüdischen Volkes bestimmt war, wurde für die jüdische Bevölkerung zum Freudentag.

Aber ist das wirklich ein Sieg? Für mich ein sehr fragwürdiger, da ich denke, es wurde ein Unrecht durch ein anderes ersetzt. Was muss die Frau Hamanns damals gefühlt haben, als ihre Söhne starben? In diesem Zusammenhang muss man vielleicht auch den Brauch sehen, der entgegen dem sonstigen Umgang im Judentum mit Alkohol steht, dass man sich an Purim so betrinken soll, dass man den Unterschied zwischen Baruch (gesegnet sei er) Mordechai und Ruach (verflucht sei er) Hamann nicht mehr unterscheiden kann. Der Zahlenwert beider Worte ist 502, was bedeuten könnte, wo ist die Grenze zwischen Gut und Böse?

Wie vieles ist auch das Buch Esther eigentlich immer aktuell. Wir Juden sind heute wie damals eine Minderheit. Natürlich wollen wir Überleben, aber wie? Vergessen ist nicht erlaubt, Erinnern ist nicht gesund! Die Trauer müssen wir immer mit uns tragen und wie sollen wir regieren? Ich möchte, dass unsere Kinder wissen, dass die jüdisch sind, aber sie sollen nicht die gleichen Albträume haben. Jedes neu geborene Kind nach den schrecklichen Ereignissen war eine Freude und ein Stück neuer Hoffnung. Aber die Trauer über die, die uns genommen wurden, bleibt. Rache bringt sie aber nicht zurück.

Ich habe eigentlich ein Identitätsproblem. Ich weiß nie, wie viel Erinnerung kann ich weitergeben, ohne zu viel Wut zu vermitteln. Ich wurde
8| wie schon gesagt nach der Zeit, die als Holocaust oder Shoa bezeichnet

wird, geboren. Also bin ich selbst kein Opfer, gleichwohl ich manche unangenehmen Folgen davon zu spüren bekam. Deshalb sind auch nichtjüdische Deutsche, die nach dem Krieg geboren wurden, sicher keine Täter und müssen sich auch nicht rechtfertigen. Ich würde mir wünschen, dass einmal selbstverständlich sein wird zu sagen: ich bin Jude/Jüdin. Da steht heute aber leider noch sehr vieles dagegen.

Zum einen der Rechtsradikalismus, der leider zunimmt, woran aber meiner Meinung nach Politiker, die jetzt darüber lamentieren, einen großen Teil der Schuld tragen. Solange ein bayerischer Ministerpräsident von drohender Durchrassung spricht, ein Innenminister von Zuwanderern, die uns nützen und solchen die uns ausnutzen, und der hessische Ministerpräsident bei einer Bierzeltrede von Panikmache in der Beurteilung der wachsenden Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus, muss sich niemand über diese Entwicklung wundern. Mir macht sie Angst!

Immer wenn ein Terroranschlag auf eine jüdische Einrichtung, ein Mahnmal, einen Friedhof oder eine Synagoge passiert, Überschlagen sich die Politiker aller Couleur in wortreicher Empörung, aber am nächsten Tag mahnen sie die deutsche Leitkultur an. Das ist der Resonanzboden für Rechtsextremismus!

Zum anderen aber auch die ganz normalen Vorurteile, die leider in sehr vielen Köpfen noch fest verwur-

zelt sind, wie z.B. Juden sind reich, Juden können einfach gut handeln und deshalb Übervorteilen sie immer alle anderen und last but not least Juden sind habgierig, weil sie immer noch Wiedergutmachungszahlungen verlangen. Damit sind heute zwar meistens die angemahnten Zahlungen für die Zwangsarbeiter gemeint, die Überwiegend keine Juden waren, aber in den meisten Köpfen ist das einfach dasselbe. Diese Aussagen sind zwar nicht unbedingt gefährlich und lassen sich ganz schnell widerlegen, aber ich für mich kann nur sagen, dass ich irgendwann resigniert habe und in der Regel einfach ein Gespräch dieser Art abbreche. Das ist zwar mit Sicherheit keine gute Reaktion, aber ich bin im Laufe der Jahre müde geworden.

Genauso verletzend finde ich, wenn mir gesagt wird: Was, Sie sind Jüdin? So sehen Sie aber gar nicht aus! Wie bitte sollen Juden aussehen? Überall gab oder gibt es Juden. In Nordafrika genauso wie China oder Indien, in Europa oder in den USA. Diese Menschen bleiben Nordafrikaner oder Chinesen, auch wenn sie jüdisch sind. Ein weiterer beliebter Satz ist: Das was die Juden in Israel mit den Palästinensern machen, ist zumindest genauso schlimm. Dazu kann ich nur sagen, ein Unrecht lässt sich nicht durch ein anderes relativieren. Das ist als ob man Äpfel mit Birnen vergleicht. Über die israelische Politik lässt sich sicher streiten, aber wenn die Lösung einfach wäre, hätten sich nicht schon reihenweise Politiker die Zähne daran

ausgebissen. Im übrigen bin ich der Meinung, dass wir vieles aus dem subjektiven Blickwinkel des jeweiligen Reporters sehen und beurteilen. Außerdem bin ich keine Israelin sondern Deutsche.

Es gibt aber auch eine andere Variante: die positive Diskriminierung! Das Verhalten den Juden gegenüber ist leider geprägt von einer Mischung als aus Hilflosigkeit und Verklammerung. Das ist aber das Gegenteil von einer lockeren, entspannten, eben ganz normalen Beziehung. Wir möchten aber nicht diskriminiert werden, weder positiv noch negativ. Warum nützen wir nicht die Chance, ohne Vorteile aufeinander zuzugehen. Ein Großteil der Menschen reduziert Judentum auf Holocaust und Klezmermusik. Genau darauf möchte ich nicht reduziert werden. Judentum ist Religion, verlangt stetiges Lernen und ist meiner Meinung auch eine Lebenseinstellung. Es ist weder ein Verdienst Jude zu sein, noch ein Makel, oder gar ein Freibrief für Diskriminierung.

Es ließe sich bestimmt noch endlos darüber reden, was wir uns wünschen: sei es, dass es wie in anderen europäischen Ländern möglich ist, koschere Lebensmittel einfach im Supermarkt zu finden, oder dass es ist nicht mehr nötig ist, auch heute noch jüdische Kindergärten, Schulen, Altenheime, Synagogen usw. mit Video und Polizei zu überwachen. Das würde aber mit Sicherheit im Rahmen meiner Redezeit sprengen.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Arthur Herzberg schließen: Den Zustand einer Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit ihren Minderheiten

Resolutionen

Landminen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Gerhard Schröder,

Pax Christi im Bistum München&Freising unterstützt die zentralen Forderungen des Bundesdeutschen Initiativkreises für das Verbot von Landminen, der getragen wird von Organisationen wie Misereor, Brot für die Welt, medico, Pax Christi, terre des hommes, handicap international etc.

Pax Christi im Bistum München&Freising fordert:

- 1) ein weltweites Verbot der Entwicklung, der Produktion, des Exports (einschließlich des Technologietransfers) und des Einsatzes aller Landminentypen.
- 2) Die Offenlegung aller Forschungsobjekte und Exporte, aller militärischen Einsatzplanungen und aller Landminenbestände und -lager, einschließlich solcher von Armeen auf ex-territorialem Boden.
- 3) Die nachweisbare Vernichtung aller existierenden Landminen.
- 4) Die Umwidmung der in den nationalen Staatshaushalten für die Entwicklung von Landminen und Minenverlegesystemen bereitge-

umgeht. Ich glaube dem ist nichts hinzuzufügen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

stellten Gelder zugunsten der Rehabilitation und der Entschädigung von Minenopfern.

- 5) Eine umfassende Unterstützung der weltweiten Minenräumung und Opferhilfe unter Aufsicht der UNO und der humanitären Hilfsorganisationen durch Finanzierung z.B. eines Fonds zur Minenräumung.

Der Ottawa-Vertrag von 1997 hat jeglichen Umgang mit Anti-Personenminen verboten. Doch wird dieses Verbot faktisch unterlaufen. So verstößt Deutschland als Unterzeichnerstaat des Vertrages gegen dort festgelegte Verbote. Zwischen 1990 und 1999 hat dieses Land 2,5 Milliarden DM für die Modernisierung seines Landminenarsenals ausgegeben. Die Bundeswehr verfügt nach wie vor über Minen, die von anderen Vertragsstaaten als Antipersonenminen klassifiziert werden.

Aber auch die sogenannten Antifahrzeugminen - vom Ottawa-Vertrag ausgenommen - sind tödlich. Sie können einen Schulbus oder Krankenwagen nicht von einem Militärfahrzeug unterscheiden. Ihr Einsatz verursacht weitreichende soziale und wirtschaftliche Probleme und kann

dringend nötige Hilfslieferungen in notleidende Gebiete blockieren.

Alle Landminen sind gegen Menschen gerichtet. Welche Bezeichnung auch immer sie tragen - ihr Zweck ist es, Menschen zu töten oder zu verletzen.

Deshalb fordern wir die Regierungen Europas, allen voran die Bundesregierung auf, ein Totalverbot aller Arten von Landminen durchzusetzen. Die Mittel, die bisher für die Entwicklung neuer Minentechnologie bereitgestellt wurden, sollen für entwicklungspolitisch notwendige Programme zum Minenräumen, zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Rehabilitation von Opfern verwendet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Pilgram
Sprecher der Bistumsstelle München&Freising

P.S.: Dieser Brief ging als email zur Information an das AA (poststelle@auswaertiges-amt.de), BMVert (Poststelle@bmv.g.bund400.de) und BMZ (poststelle@bmz.bund.de).

Die folgende Antwort ging bei uns am 9.Juni ein:



BUNDESKANZLERAMT

Sehr geehrter Herr Pilgram,
im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers danke ich Ihnen für Ihre Schrei-

ben vom 17. März und vom 3. Mai 2001.

Sie verbinden die Forderung nach einem umfassenden Verbot aller Landminentypen und nach Unterstützung des humanitären Minenräumens mit der Behauptung, Deutschland verstoße gegen das Ottawa-Übereinkommen. Dies begründen Sie damit, die Bundeswehr verfüge über Minen, die von anderen Vertragsstaaten als Antipersonenminen klassifiziert würden.

Ich gehe davon aus, dass Sie - wie es in der öffentlichen Diskussion vielfach geschieht - hier die Antifahrzeugminen mit Aufhebesperre ansprechen. Diese Kategorie von Minen wird im Ottawa-Übereinkommen aber ausdrücklich angesprochen und von den verbotenen Antipersonenminen unterschieden: Antifahrzeugminen, ... "die mit Aufhebesperren ausgestattet sind, werden wegen dieser Ausstattung nicht als Antipersonenminen bezeichnet" (Art. 2 Abs.1).

Beim Kampf gegen das nicht hinnehmbare Leid, das Landminen in vielen Ländern der Welt weiterhin verursachen, setzt die Bundesregierung auf ein Vorgehen in begrenzten, aber dafür konsensfähigen und realistischen Schritten. Sie wird sich deshalb auf der Überprüfungskonferenz zum Waffenübereinkommen der Vereinten Nationen für ein Verbot von nicht-detektierbaren und für effektive Wirkzeitbegrenzungen für fernverlegte Antifahrzeugminen einsetzen.

Das humanitäre Minenräumen unterstützt die Bundesregierung allein im

Rahmen nationaler Programme mit jährlich mit mehr als 22 Mio. DM.

Mit freundlichen Grüßen,
Knirsch

Münchner Appell und Selbstverpflichtung

Beunruhigt durch die sich häufenden Ausbrüche von Gewalt gegen Asylbewerber, obdachlose und behinderte Menschen, ausländische und jüdische Bürger appellieren wir, die am 17. März 2001 mit jüdischen und muslimischen Dialogpartnern versammelten Mitglieder und Freunde von Pax Christi, an alle Menschen - ob als Bürger oder Mandatsträger - in unserer Stadt und in unserem Land, aufzustehen und Gesicht zu zeigen.

Als Söhne und Töchter Abrahams sind wir einem Menschenbild verpflichtet, das jeden Menschen unabhängig von Herkunft, Status, Religion, Geschlecht, Hautfarbe oder Leistungsfähigkeit von Gott geliebt weiß. Wir fordern, dass

- alle gesellschaftlichen Gruppen ein Klima fördern, in dem Menschen anderer Herkunft, Religion oder Tradition als gleichberechtigter und gleich geachteter Teil der Gesellschaft keine Angst zu haben brauchen,
- Politiker aller demokratischen Parteien auf vereinfachende und diskriminierende Schlagworte verzichten, die nur polarisieren und Öl ins Feuer gießen,
- Menschen, die Zivilcourage zeigen, öffentliche Wertschätzung und Unterstützung erfahren, be-

sonders, wenn sie dabei zu Schaden kommen, und dass die Opfer betreut und entschädigt werden,

- insbesondere die Religionsgemeinschaften ihre Möglichkeiten nutzen, auf ihre Mitglieder im Sinne der gegenseitigen Achtung vor dem Glauben des anderen einzuwirken und den Geist des Friedens in der Gemeindearbeit verankern,
- die Erziehung zur gewaltfreien Konfliktlösung schon in den Familien, im Kindergarten und in der Schule beginnt,
- Behörden, Politik und Wirtschaft sowie alle gesellschaftlichen Gruppen die Gefahren des Rechtsradikalismus endlich ernst nehmen,
- die Justiz gegen rechtsradikale Gewalttäter einerseits mit angemessener Energie und Konsequenz vorgeht, andererseits jedem Umkehrwilligen eine echte Chance gibt.

Wir danken den türkischen Münchnern, die durch ihren Mut in letzter Minute verhindert haben, dass ein griechischer Mitbürger von Neonazis zu Tode geprügelt wurde, und verpflichten uns hiermit, im Alltagsleben, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit,

beim ersten Anzeichen von Gewalt in Wort oder Tat selbst einzuschreiten oder Hilfe zu holen.

München, 17.03.2001

Für die Diözesanversammlung von Pax Christi in der Erzdiözese München & Freising:

Dr. Elisabeth Hafner, Sprecherin
Ralph M. Deja, Sprecher
Charles Borg-Manché, Geistlicher Beirat

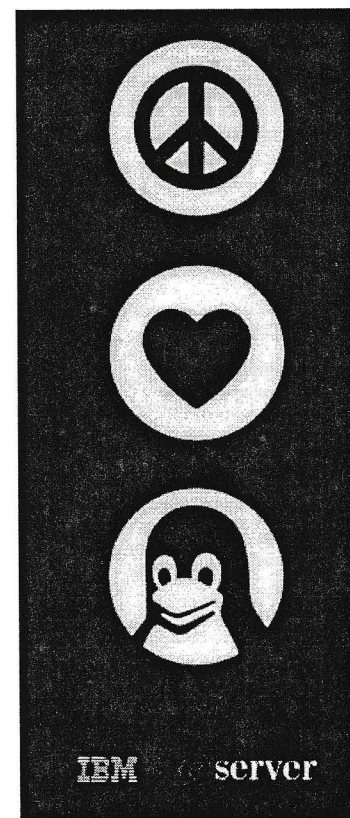
Werbung rund um die Themen Krieg und Frieden



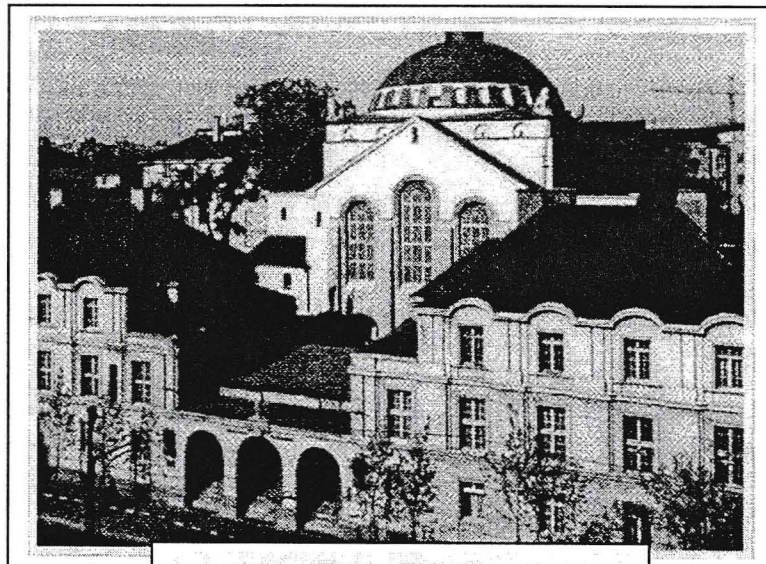
"nike takes tennis to the front lines and launches an arsenal against the enemy....."

kriegerisch: Nike

friedlich: IBM



Pax Christi Friedensweg
zur
Synagoge und dem
Jüdischen Kulturmuseum
in Augsburg



am Sonntag, dem 15. Juli 2001

Zu unserem diesjährigen Pax Christi Friedensweg möchten wir Sie/Euch herzlich einladen.

Unter dem Leitgedanken „**reden – lernen – erinnern**“ möchten wir uns auf den Weg nach Augsburg machen und dort die **Synagoge und das jüdische Kulturmuseum** Augsburg-Schwaben besuchen.

Wir treffen uns
am Sonntag, dem 15. Juli 2001, um 8:45
am Service-Point im Münchner Hauptbahnhof
und fahren mit dem Regionalexpress um 9:07 ab.
Den Anteil am Wochenendticket trägt jede/r selbst.

Um 10:00 beginnt unsere Führung in der Synagoge
(Eintritt 3,50 DM) pro Person.

Um die Mittagszeit ist eine Begegnung mit Pax Christi Augsburg
und eine Eucharistiefeier mit dem Geistlichen Beirat von Augsburg, Siegfried Fackler, geplant.

Um 14:00 haben wir Plätze zum Mittagessen im Traditionsgasthaus **Bauern-
tanz in der Altstadt** reserviert. Auch hier übernimmt jede/r seine eigene Rechnung.

So fallen für den Tag keine zusätzlichen Kosten an. Eine Anmeldung ist deshalb nicht erforderlich.

Die voraussichtliche Rückkehr planen wir zwischen 17 und 18 Uhr;
die Kleingruppen können durch die Wochenendtickets die Rückkehr jedoch auch früher oder später planen.

Wir würden uns freuen, wenn der Friedensweg auch in diesem Jahr wieder
zahlreiches Interesse findet,
und wir uns an diesem Tag sehen.

Für die Bistumsstelle
gez. Franz Josef M. Herz, Friedensarbeiter

Asyl

Wie leben Abschiebehäftlinge in der Justizvollzugsanstalt Ihrer Stadt

Als Mitglied des Sachausschusses „Migration“ des Katholikenrates der Erzdiözese München habe ich im November 2000 die Justizvollzugsanstalt Stadelheim/ München besucht, da wir vorrangig den Strafvollzug bei Abschiebehäftlingen erforschen wollten.

Die Mehrzahl der genannten Häftlinge haben sich keiner Straftat schuldig gemacht, sie warten auf ihre Abschiebung, unterliegen wie Untersuchungs-Häftlinge und bereits verurteilte Straftäter dem gleichen Strafvollzug und teilen oft auch die Zellen mit ihnen.

Das bedeutet: 23 Stunden in der Zelle, 1 Stunde Hofgang, keine Arbeitsmöglichkeiten, kein Zugang zum Telefon, 1 Stunde pro Monat Besuchserlaubnis.

Die psychische Belastung der genannten Häftlinge ist außerordentlich, verstärkt durch die Sprachschwierigkeiten mit dem Gefängnispersonal.

Strukturelle Gewalt gegen Flüchtlinge überwinden

Beim Studientag des ökumenischen Kirchenasylnetzes Bayern am 10.3.01 in Regensburg trafen sich 118 engagierte, die nicht schweigen und untätig sein wollen, wenn unmenschliche Gesetze und ihr Vollzug die Menschenrechte der hier Schutzsuchenden verletzen. Die Referate informierten darüber sehr kritisch; vor allem rügte der Leiter der Migrations-

Ich arbeite in verschiedenen Asylini-tiativen mit, z.B. Ökumenisches Kirchenasylnetz Bayern, Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche, Amnesty International, Pax Christi, Münchner Flüchtlingsrat, u.s.w. Wir sind überzeugt, dass Abschiebehäftlinge nicht dem Strafvollzug von U-Häftlingen und abgeurteilten Straftätern gleichgestellt werden dürfen.

Für Ihre Erfahrungen, Abhilfe zu schaffen, eventuelle positive Erleichterungen in bundesdeutschen Haftanstalten, u.s.w. wäre ich sehr dankbar. Ebenso der Münchner Flüchtlingsrat, Goethestr. 53, 80336 München.

München, 27.05.2001

Gabriele Schönhuber für das Ökumenisches Kirchenasylnetz Bayern, SprecherInnenrat

abteilung im Caritasverband, Hermann Uihlein die Illegalisierung von Flüchtlingen und deren Folgen: enorme Zunahme von "Härtefällen", Ausweisungen, fast rechtlose Abschiebehäft und viele Abschiebungen unter Verletzung der Genfer Konvention. Acht Arbeitsgruppen vertieften und konkretisierten die Referate, z.T. im Gespräch mit Behördenvertretern.

In der AG "Zivilcourage" wurde die Zunahme rechter Gewalt gegen Ausländer mit der "Legitimation von oben" durch feindselige Gesetze erklärt und zum Widerstand ermutigt.

Sehr hilfreich waren die spirituellen Kraftquellen: Pfarrerin Haberer fand eine überzeugende Deutung von Genesis 19: Gottes Boten als Fremde bei Lot, die erst Schutz vor ihren Verfolgern brauchen, danach aber Lot schützen vor dem Untergang in Sodom. - Aus der Andacht von Kirchenrat Prieto Peral vom Ökumene-referat lernten wir: Nicht die Suche nach den Schuldigen ist der erste Schritt zur Überwindung von Gewalt, sondern die Einsicht, dass wir alle teilhaben an ungerechten Strukturen. Wir alle brauchen die Vergebung, auch wenn wir Gutes tun wollen. Strukturelle Gewalt können wir nur

überwinden mit dieser Einsicht, durch selbstkritisches Engagement, wenn wir Opfern, Hilfesuchenden, beistehen. Es geht nicht um unsere eigenen Feindbilder oder unser Rechthabenwollen! Gott braucht uns, um in unserem Land klar vernehmbar den Opfern eine Stimme zu geben, die anonyme Gewalt bewusst zu machen und selbst ein Beispiel für gewaltfreien, ermutigenden Schutz der Verfolgten zu sein.

Das geschieht nicht nur im Kirchenasyl, sondern viel früher: sobald politischer Einsatz und konkrete Verfahrensberatung samt menschlicher Zuwendung für die Flüchtlinge nötig ist.

Anne Timpe (Sprecherteam des ökumenischen Kirchenasylnetzes)

Wenn Gesetze Unmenschliches fordern

Der Caritasverband und die Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche fanden starkes Interesse mit ihrer Tagung in Mülheim/ Ruhr Anfang Mai zur Verantwortung von Politik und Gesellschaft im Umgang mit Flüchtlingen. Die Frustration über die nicht eingehaltenen Zusagen der rotgrünen Regierung im Koalitionsvertrag ist Antrieb, sich energisch bei den Politikern zu melden: Härtefallregelung, Abbau der Illegalisierungen, Flughafenverfahren... Unsere Juristen verlangen eine völlige Neugestaltung des Ausländerrechts entspr. der Genfer Konvention, damit nicht ständig mehr Verfolgte illegalisiert werden - mit traumatisierenden,

nicht zu verantwortenden Folgen: Recht wird zu Unrecht gemacht.

Christen fühlen sich in Jesu Auftrag zum Schutz der Verfolgten aufgerufen, deren Leben nicht nur in der Heimat bedroht war, sondern die sich so auch hier fühlen. Weil nicht jeder die nötige Beratung und konkrete Hilfe findet, arbeiten wir weiter an ihrer Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung und drängen die Politiker, ihre humanitären Pflichten zu erfüllen.

Die ausgrenzende bis feindliche Stimmung unserer Mitbürger, die Gefahr entsprechender Wahlkämpfe

in nächster Zeit, bedürfen unseres Einsatzes, für den wir noch viel lernen müssen: da helfen ermutigende Vorbilder, wie sie vor allem in Ostdeutschland entstehen. So berichtete Almut Berger, Ausländerbeauftragte in Brandenburg, von ihren mobilen Beratungsteams für Schulen, Betriebe, Behörden und Polizei für Konfliktprävention und -lösungshilfe. Dieses Modell brauchen wir bundesweit - auch zur Förderung von Zivilcourage und zum Abbau fremdenfeindlicher Gesinnung.

Der Betheler Prof. Crüsemann zeigte uns die biblischen Grundlagen für christliche Asylarbeit: Jesus besteht

Für eine Neuordnung der Integrationspolitik

Moderne Konzepte statt alter Fehler

Bericht von einem Fachgespräch bei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Bayrischen Landtag

Die rot-grüne Bundesregierung möchte noch in dieser Legislaturperiode ein Einwanderungsgesetz verabschieden; die zuarbeitende Kommission unter Leitung der ehemaligen Bundestagsvorsitzenden Rita Süßmuth möchte dazu in diesem Sommer ihre Vorschläge unterbreiten.

Das Fachgespräch, von dem ich hier berichte, war der dritte Teil einer vierteiligen Veranstaltungsreihe der GRÜNEN zum Thema „**Einwanderung gestalten – Asylrecht sichern – Integration fördern**“ und fand am

auf der menschlichen Anwendung der Gesetze. Die Spannungen zwischen Recht, Gesetz, Gerechtigkeit und abgewerteter Gnade in unserer Realität brauchen das biblische Vorbild der Gleichwertigkeit von Recht und Gnade zu ihrer Aufarbeitung. Jesus verlangt, genauso wie viele Texte im Alten Testament, ein gleiches Recht für Einheimische wie für Fremde. Hier liegt unsere Aufgabe als seine Nachfolger/innen.

Anne Timpe (im Vorstand der Bundes-AG Asyl in der Kirche)

Montag, dem 21. Mai 01 im Bayrischen Landtag statt.

An der Debatte kann man sich auch unter www.GRUENE-FRAKTION.de im Internet beteiligen, während die Beteiligung der TeilnehmerInnen bei dem Meeting im Landtag kaum möglich war. Die 10 Kurzreferate füllten die vierstündige Veranstaltung nahezu vollständig. Die ReferentInnen fast ausschließlich MandatsträgerInnen von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN ließen keinen Zweifel daran, dass der Wahlkampf 2002 bereits begonnen hat, und das Thema Einwanderung und Integration aus diesem wohl nicht heraus zu halten sein wird.

Zunächst stellte die Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Kerstin Müller, das Einwanderungskonzept ihrer Partei vor, das ausgehend von der

inzwischen kaum mehr bestrittenen Feststellung, dass Deutschland inzwischen ein Einwanderungsland sein möchte, drei Säulen für die Einwanderung unterscheidet:

- 1) Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs
- 2) Einwanderung aus politischen und humanitären Gründen
- 3) Einwanderung aufgrund von Rechtsansprüchen (Asylgewährung, Familiennachzug, EU-Freizügigkeit)

Erstes und wichtigstes Ziel des Integrationsteiles in diesem Papier ist, dass „alle politischen Ebenen **Integration als Querschnittsaufgabe** begreifen und ihr in allen Fachbereichen den erforderlichen Stellenwert einräumen. Dieser Aspekt tauchte auch in allen weiteren Referaten des Tages wieder auf: Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Marieluise Beck, sieht dieses Ziel in einer ähnlich wichtigen Bedeutung wie die weiteren Bemühungen um die volle Gleichstellung von Frauen.

Auch wenn die Bedeutung des Erwerbs von deutschen Sprachkenntnissen für Einwanderung als alles entscheidende Komponente immer wieder betont und akzeptiert wird, so warnt Beck davor, das Thema Integration darauf zu verengen. „Wer meint, Integration habe einen eindeutigen Anfang und einen Abschluss, der träumt von einer homogenen Gesellschaft, in der Differenzen geleugnet werden.“

Während der Landesvorsitzende, Jerzy Montag, das Einwanderungs-

papier der CSU genauer unter die Lupe nahm, stellte er fest, dass die CSU den Forderungen unserer Kirchen nach „klaren, verlässlichen und gerechten Zuwanderungsrichtlinien“ in keinsten Weise gerecht wird. Im Bezug auf die o.g. Erkenntnis, dass unser Land längst Einwanderungsland ist, bezeichnete er unsere Regierungsverantwortlichen in Bayern in Anlehnung an Prof. Bade als „defensive Erkenntnisverweigerer“ und der momentane Wunsch nach mehr Zuwanderung „nützlicher Fachkräfte“ (A.D.R.) ist erst durch den Druck der bayerischen Wirtschaft zustande gekommen.

Von den weiteren RednerInnen, der Bundesvorsitzenden Claudia Roth, der Parlamentarischen Geschäftsführerin im Bayr. Landtag, Elisabeth Köhler, des Ausländerbeauftragten von Rostock, Dr. Wolfgang Richter, u.a. möchte ich nur noch einige Gedankensplitter notieren:

Der Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Tarek Al-Wazir, wies einleitend darauf hin, dass Integration in letzter Zeit vorrangig als Problembereich gesehen wird, während aus seiner Erfahrung vieles – auch die Sprachvermittlung – teilweise von selbst läuft. „Es gibt in Deutschland überwiegend geglückte Integration“. Auch der Leiter des interkulturellen Büros Darmstadt, Alp Ötman, erläuterte, dass die communities, die ethnisch-sozialen Netzwerke, und die bestehenden Bündnisse, einen entscheidenden Faktor der Integrationsarbeit leisten. Hierhin gehören auch die Menschen in Pax Christi, die sich

seit Ende der 80er Jahre verstärkt für Flüchtlinge, Asylbewerber und Integration einsetzen.

Almuth Berger, Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, stellte klar und präzise die ostdeutsche Sichtweise der Problematik dar: Die DDR hat mit ihrer Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik eine recht homogene Gesellschaft hinterlassen. In den östlichen Bundesländer lebten beim Fall der Mauer unter 1% und heute um die 1,5 - 2% Menschen mit Migrationshintergrund. Die überwiegend klein- und mittelstädtischen Strukturen bieten ausländischen Menschen keine Anreize; wenn die Menschen im Osten Fremde kennen lernen, „so ist es nicht der ausländische Speiselokalbesitzer oder der Gemüseverkäufer von der Ecke sondern es ist der Asylbewerber vom Heim am Stadtrand“.

Zuwanderung wäre im Osten zwar wünschenswert, ist aber aufgrund der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 20% nicht realisierbar; die

östlichen Bundesländer sind in der Realität „Auswanderungsländer“. Sie betonte die Notwendigkeit von Integrationszentren, wo Sprach-, Integrations- und Orientierungskurse angeboten würden.

Die Asylsuchenden und zu Integrierenden müssen in die Aufgaben ebenso mit einbezogen werden wie bereits bestehende Bündnisse, wurde am Ende als schönes Ziel beschrieben. Integration sei eine wechselseitige Anstrengung, wobei nach Tarek Al-Wazir der anstrengendere Teil bei den Einwanderern liegt. Gut hinein passte am Schluss der Vertreter der bayerischen Wirtschaft, der sich mit Hinweis auf seine gelbe Krawatte als „Nicht-Grüner“ outete und offen als Fachmann für strategische Kommunikation vorstellte. Er wies daraufhin, dass es bei Integration immer um konkrete Menschen gehe und wir – wie auch immer man den Wandel der Staatsregierung interpretiere – diese doch nun in die Pflicht nehmen sollten.

F.J.Herz

Deserteure aus dem ehe. Jugoslawien

Ende Mai letzten Jahres beschloß der Kreisverwaltungsausschuss der Stadt München auf intensives Drängen aus der Friedensbewegung Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Prüfung der Einzelfälle eine befristete Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen.

²⁰ Heute, gut ein Jahr nach dieser Entscheidung, habe ich beim Kreisverwaltungsreferat nachgefragt, was

diese Entscheidung nach sich gezogen hat.

Die Antwort war ernüchternd: „Es gab bisher nur einen einzigen Fall, der uns avisiert war (vom Bayerischen Flüchtlingsrat) aber bisher von der Deutschen Auslandsvertretung nicht zugeleitet wurde. Das Problem dürfte sich aber durch die Änderung der politischen Verhältnisse in Jugoslawien entschärft haben.“ Soweit das Kreisverwaltungsreferat.

Bleibt die Frage, ob es auf der einen Seite den Aufwand wert war die Behörden zu einem solchen Schritt zu drängen, oder andersherum, wenn

praktisch kein Fall aktuell wurde, warum sperren sich unsere Politiker davor, derartige Beschlüsse zu fassen?

Martin Pilgram

Appell für die Pressefreiheit

Unter dieser Überschrift erschien am 1. Februar des Jahres eine große Anzeige im politischen Teil der SZ. Darin forderten die Unterzeichner die Postbank auf die "politisch motivierte Kündigung des Hauptgeschäftskontos der Wochenzeitschrift Junge Freiheit" zurückzunehmen.

Erstunterzeichner waren neben dem Verantwortlichen Alexander v Stahl (Generalbundesanwalt a.D.) auch die

von Verlagen und anderen Institutionen die rechtsextremen Parteien nahe stehen, zu kündigen. In einem ersten Schritt war schon am 23.8.2000 von der Deutschen Post beschlossen worden, die Konten von NPD, DVU und Republikanern zu kündigen.

In einer der folgenden Ausgaben der Jungen Freiheit wurde die Rücknahme als großer Sieg der Pressefreiheit

Appell für die Pressefreiheit

Gegen die von der Postbank ausgesprochene politisch motivierte Kündigung des Hauptgeschäftskontos der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT

örtlichen CSU-Größen Gauweiler, Wilhelm und Uhl und der Fernsehjournalist Franz Alt.

Die Anzeige, die nicht nur in der SZ sondern auch in anderen großen deutschen Zeitungen erschien, wirkte. Die Deutsche Post nahm die Kündigung zurück. Auf Nachfrage teilt die Deutsche Post mit: "Sie begründet diese Maßnahme mit der Tatsache, dass der Verlag nicht im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz sondern lediglich im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen erwähnt ist."

Gedacht war, die Kündigung als ein zweiter Schritt in Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung, Konten

und ihrer vielen Unterstützer gefeiert. Wie viel Sensibilität in Fragen des Rechtsradikalismus haben die Erstunterzeichner, wenn im NRW Verfassungsschutzbericht 2000 u.a. steht: "Als Deckmantel nutzt die JF verstärkt die Bereitschaft von Persönlichkeiten des demokratischen Spektrums zu Interviews und einzelnen Textbeiträgen". Schon im Juni 2000 wurde in einer anderen Postkartenaktion gegen das NRW Innenministerium Front gemacht. Danach gab es Aktionen gegen Presseorgane, die sich am "Netz gegen Rechts" beteiligten.

Bleibt zu fragen, warum die SZ eine solche Anzeige abdruckt. Nach mehrmaligen Nachfragen bekam ich

Volksverhetzung betrieben oder ein sonstiger strafbarer Tatbestand erfüllt würde, es keinen Grund gäbe, Anzeigen nicht zu drucken. Die Antwort der SZ schließt mit "Freiheit ist immer auch die Freiheit Andersden-

kender". Ob eine Anzeige auch schädlich für das Image der Zeitung sein könnte, danach wird hier nicht gefragt.

Martin Pilgram

Deutsche in Polen - gestern und heute

Eine Woche deutsch-polnische Jugendbegegnung in Lublin von 15. - 22. April 2001

Schlussendlich waren wir zehn, nachdem in Leipzig eine Sechser-Gruppe Jugendlicher aus Halle zugestiegen war. Damit ist der schwierigste Teil der Reise geschafft gewesen, denn eine breit angelegte Werbeaktion auf der formellen Schiene - u. a. hat Franz Josef Herz die Jugendlichen angesprochen, die bei der Pax Christi - Pfingstroute 98 nach Prag mitgemacht haben, - hat keine Anmeldung gezeitigt. Nur auf der informellen Schiene über Freunde aus der ICELO und deren Kinder sowie über Schülerinnen von Franz J. kam eine begegnungsfähige Teilnehmerzahl zustande.

Im nächsten Schritt musste sich die Gruppe der Deutschen zusammen finden, dafür standen uns die lange Zugfahrt und die ersten Stunden im Haus der Stiftung glückliche Kindheit zur Verfügung, so dass der dritte Schritt, die Begegnung mit den polnischen Jugendlichen schon viel leichter fiel. Die Verständigung lief übrigens dank der guten Deutsch- und notfalls Englisch-Kenntnisse unserer Gastgeber und der unermüdlichen Übersetzerinnen Luzia Zöttl und Na-

talja Krasowska problemlos. Bewundernswert erlebte ich das Engagement aller beteiligten jungen Leute, einander näher zu kommen, denn eigentlich hätten sie sich nach Interessenlage, Herkunft und Lebensstil unter Alltagsbedingungen eher gemieden als gesucht, und zwar querbeet auf beiden Seiten.

Das Haus, in dem wir untergebracht waren und einen Teil des Programms durcharbeiteten, liegt wenige Kilometer westlich von Lublin. Es gehört der Stiftung glückliche Kindheit (Fundacja Szczęśliwy Dzieciństwo - FSD) und dient zum einen Kindergruppen aus der Lubliner Altstadt für pädagogische Freizeiten, zum andern seit den 90er Jahren der deutsch-polnischen Jugendbegegnung. Lublin steht in Städte-Partnerschaft mit Münster. Der noch nicht in allen Einzelheiten fertig gestellte Neubau wird übrigens zu einem ansehnlichen Teil von Renobis finanziert.

Dem **Gestern** im Thema der Reise widmete sich ein Besuch in Majdanek und die Überbringung einer Zwangsarbeiterentschädigung.

nek und die Überbringung einer Zwangsarbeiterentschädigung.

Majdanek betrifft nur insofern die deutsch-polnische Geschichte, als ursprünglich von Deutschland aus geplant war, Lublin zum Verwaltungssitz einer Provinz zu machen, wo Juden aus allen von den Deutschen beherrschten Gebieten Europas hin verfrachtet werden sollten. Zu diesem Zweck hatte man bereits versuchsweise begonnen, Polen auszu siedeln. Weil sich diese Pläne aber als nicht zu verwirklichen erwiesen, beschloss man auf der Wannsee-Konferenz die „Endlösung“ und baute stattdessen das Vernichtungslager Majdanek (Treblinka, Auschwitz etc).

Weitaus spezifischer in der deutsch-polnischen Geschichte steht die Zwangsarbeiterfrage. Junge Männer sind unter dem Vorwand einer Straftat oder einfach nächtens von der Straße weg gefangen, als Sklaven nach Deutschland verschleppt und zur Arbeit in Industrie und Landwirtschaft eingesetzt worden. In einem Gespräch darüber erwähnte meine Mutter, dass sie ihre Verpflichtung zum „Arbeitsdienst“ ähnlich erlebte. Der für uns vom Deutschen Caritasverband ausgespähte Entschädigungsempfänger Pan Jan N. ist - nach eigener Aussage - glücklicherweise in einem landwirtschaftlichen Betrieb der Barmherzigen Brüder von Montabaur untergekommen. Die relativ günstigen Umstände seines Zwangsaufenthaltes haben uns die Auseinandersetzung mit diesem

Verbrechen gegen die Menschlichkeit sehr erleichtert.

Solche Entschädigungen sind letztlich nur Gesten, denn als ein echtes Entgelt für die geleistete Arbeit, gar für die durch die Zwangsarbeiter erwirtschafteten Gewinne und ganz besonders für die erlittenen Schäden an Seele und Leib können die Zahlungen ohnehin nicht verstanden werden. Umso mehr bedrückt die fintenreiche Verzögerung von Auszahlungen, da durch sie die Zahl der potentiellen Empfänger noch weiter schrumpft, während die Kapitalerträge aus dem längst bereit gestellten Geld sich immer mehr der Deckungssumme für die tatsächlichen Auszahlungen annähern.

Insofern gebührt den raschen und unbürokratischen Entschädigungszahlungen aus dem Fond der katholischen Kirche großer Respekt, wenn auch ihr Alleingang anfangs mit viel Skepsis aufgenommen worden ist.

Dem **Heute** widmete sich ein angeleiteter Erkundungsgang in gemischten Kleingruppen durch Lublin, der uns alle Facetten im Alltag einer mittleren Großstadt erleben lies. Ein bemerkenswerter Unterschied zu anderen Städten Europas ist mir nicht aufgefallen.

Soziologische Daten darüber, wieviel Prozent der Bewohner arbeitslos sind bzw. über weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens verfügen, konnten mir nur grob gesagt werden und scheinen mir in etwa denen zu entsprechen, wie sie für unsere „Neuen Bundesländer“ gelten.

Das Schulsystem tendiert zum amerikanischen Modell, wonach eine wirklich gute Ausbildung nur auf kostenpflichtigen Privatschulen vermittelt wird, wofür unsere polnischen Partner ein überzeugendes Beispiel boten.

Zu der derzeitigen Minderheit der Deutschen in Polen selber kann ich wenig sagen, denn die stärksten noch existierenden Gruppen leben eher in der Gegend von Posen. Sie seien seit den 90ern juristisch gut abgesichert, das ist angesichts der politischen Lage glaubhaft. Ob und wie Deutsche in Polen wirtschaftlich aktiv werden, dazu fehlen mir konkrete Informationen, lediglich eine gewisse Angst vor dem Ausverkauf des Landes an die westlichen Nachbarn war wahrnehmbar. Deutsch gehört zu den Spitzenreitern im schulischen Sprachunterricht, das lässt immerhin den Schluss zu, dass sich zumindest Wirtschaft und Intelligenz auf eine engere Zusammenarbeit vorbereiten.

Uns selber kam man mit großer Herzlichkeit entgegen, der m. E. kein Hauch von Liebedienerei oder jener Betulichkeit innewohnte, mit der oft latente Ressentiments überspielt werden und man sie in unseren Kreisen im Umgang mit Fremden gelegentlich spürt.

Begegnungen mit anderen Minderheiten blieben episodenhaft:

Als wir auf den Linienbus nach Majdanek warteten, stürzte sich eine Närrin auf eine bettelnde Romamut-

ter, die sich den zu befürchtenden Tötlichkeiten nur durch Flucht entziehen konnte. Dass Umstehende dazwischen gingen, hat sich nicht abgezeichnet.

Nach dem Besuch bei Pan Jan fuhrten wir noch an den Bug zum Dreiländereck Weißrussland - Polen - Ukraine und besuchten das Kloster zum hl. Onofrius, das sich zu meiner Verblüffung als zur polnisch-orthodoxen Metropole mit Sitz in Warschau gehörend erwies, von wo aus auch etliche orthodoxe Kirchen betreut werden. Insgesamt verstehen sich etwa 500 000 Polen als orthodoxe Christen.

Unsere beiläufigen Erwägungen, wie sehr sich wohl die gute Nachbarschaft zwischen Ukrainern, Weißrussen und Polen verändern werde, wenn Polen einmal die Ostgrenze der EU zu sichern habe, fand nur geringe Beachtung; der freundschaftliche Grenzverkehr (immerhin versteht man sich gegenseitig problemlos) gilt den Anrainern als zu selbstverständlich, um sich eine einschneidende Veränderung vorstellen zu können.

Über meine Reiseerinnerungen legt sich ein melancholischer Schatten, wenn ich darüber nachdenke, mit welch freudiger Spannung dieses Volk sich auf den Beitritt zur EU einstellt. Wir entsinnen uns sicher noch alle der euphorischen Stimmung nach Fall der Mauer und mussten tatenlos zusehen, wie eine sich in 40 Jahren gebildet habende Lebenskultur unter dem Schlagwort von der sozialistischen Misswirtschaft niedergewalzt wurde. Eine Bereitschaft,

gar den Wunsch, im Ändern das Eigene zu erkennen und sich davon bereichern zu lassen, sehe ich nicht, lediglich die Absicht, es sich anzueignen und sich daran zu bereichern. Dieser absehbaren Entwicklung zumindest symbolisch entgegen zu wir-

Neues aus Benkovac

Die Ostertage

Dieses Jahr fielen das katholische und das orthodoxe Osterfest auf den gleichen Tag, was nur ca. alle 10 Jahre der Fall ist ...eigentlich - so dachten wir (naja, es war Michels Idee) - eine schöne Gelegenheit zu einer ökumenischen Feier. Dazu kam es nicht. Insbesondere der kath. Pfarrer meinte, die Zeit dazu sei noch nicht reif. Also gab es nur eine symbolische Aktion: Pax Christi spendete der katholischen Gemeinde und der orthodoxen Gemeinde gefärbte Eier, die im Anschluss an die jeweilige Osterfeier an die Gläubigen verteilt wurden. Ich fürchte wir werden noch viel Geduld haben müssen bis wieder so etwas wie Normalität Einzug hält.

Das zeigt sich auch noch an einer anderen Episode: Am Abend vor Ostern war ich in einer Bar in Benkovac und kam mit mir unbekannten Leuten ins Gespräch. Es war eine ganz nette Begegnung, sie wollten mich für Ostern auf ihr Dorf einladen. ...Leider musste ich absagen, da ich schon andere Pläne hatte - mit serbischen Freunden. Das war dann für die guten katholischen Kroaten nicht nachvollziehbar, wie ich als Katholik mit "denen" Ostern feiern kann.

ken war die auf das **Morgen** gerichtete Absicht unserer Begegnungsfahrt.

München, 10. Mai 2001
Ludwig M. Bauer

Und vergleichbare Situationen wiederholen sich regelmäßig. An solchen Kleinigkeiten zeigt sich immer wieder wie tief die Gräben noch sind.

Es stellt sich dann die Frage: Wie kann ich durch mein Hiersein dazu beitragen, die Gräben zu überbrücken oder gar zu zu schütten? Vielleicht schon alleine dadurch, dass ich Toleranz und Offenheit nach allen Seiten lebe und freundschaftliche Kontakte sowohl mit Kroaten als auch mit Serben pflege. Das heißt mal auf der einen, mal auf der anderen Seite des Grabens zu stehen und dort, wo noch keine direkte Kommunikation stattfindet, eine Mittlerfunktion zu übernehmen. Es heißt aber auch, sich solchen Situationen wie der oben geschilderten immer wieder auszusetzen, ständig mit den auf allen Seiten bestehenden Vorurteilen über „die anderen“ konfrontiert zu werden und zwischen allen Seiten hin- und hergerissen zu werden.

Seminare, Zweifel und der ewige Kampf mit Strukturen

Ich war also wirklich froh, als sich Anfang Mai die Chance bot Benkovac zu entfliehen, zu zwei sehr unterschiedlichen Seminaren in kurzer Abfolge. Im Kontext von Pax Christi

interessanter ist wohl das zweite, das sich unter dem Titel „Cropax – Vergabung und Versöhnung“ mit Fragen der Vernetzung von christlich-orientierten NGO's und kirchlichen Organisationen beschäftigte. Es war eine von akademisch-theologisch-philosophischen Diskussionen geprägte Konferenz, zu der nur die ranghöchsten Vertreter großer Organisationen (Caritas Kroatien und International, Catholic Relief Service, theologische Fakultäten) angetreten sind. Leider ist die Konferenz sehr in theoretischen Diskussionen hängen geblieben, für Schilderungen aus der Praxis der NGO-Arbeit an der Basis gab es nur sehr wenig Raum.

Während dieser Konferenz ist klar geworden, dass die "hohen Vertreter" zwar über jede Menge ausgefeilte akademische Theorien, gute Verbindungen in die Kirchenstrukturen (also Macht und Einfluss) und last but not least auch finanzielle Mittel verfügen, aber nicht unbedingt die Konzepte und Fähigkeiten haben, ihr Wissen in der Praxis an der Basis umzusetzen. Für uns gilt eher das Umgekehrte: wir haben die Ideen und Konzepte, den direkten Kontakt mit der Basis ...oft aber bleiben unsere Ideen aus finanziellen Gründen oder weil sich die entscheidenden Türen in die Institutionen nicht öffnen nicht realisierbar. Es gibt also eigentlich genug Ansatzpunkte für eine Vernetzung zum gegenseitigen Nutzen. Die nächsten Monate werden zeigen, was daraus wird.

Durch diese Konferenz wurden auch wieder Zweifel in mir laut: Ist es überhaupt schon möglich, ein Friedensprojekt wie unseres zu starten, das ausschließlich den Aufbau von Zivilgesellschaft im Blick hat – ohne auch finanzielle Anreize (Kleinkredite, Maschinen, Saatgut, finanzielle Mittel zum Aufbau/ zur Unterstützung von lokalen Initiativen) zu bieten? Lassen die lokal-politischen Rahmenbedingungen das überhaupt zu? Ist das Projekt nicht komplett an den Bedürfnissen der Menschen (Arbeit, materielle Hilfe, Lösung der Wohnungsprobleme etc.) vorbei konzipiert?

Und sonst???

Mit unserem Community-Building Projekt Colours sind wir nach Ostern erst mal in ein Motivationstief gefallen: es ging nichts vorwärts ...es war ein zähes Ringen bis der Entwurf unseres Plakates Gestalt annahm ...immerhin die Fragebögen sind jetzt fertig ...aber die Planung für die Interviewphase steht noch aus...und zu allem Überfluss hat uns auch Ljubica (unsere rechte Hand und Übersetzerin) verlassen, um einen Job in Deutschland anzunehmen - für uns ein großer Verlust.

Doch jetzt scheint's wieder aufwärts zu gehen: das Plakat wird richtig gut, der Entwurf ist endlich fertig ...und die Tage geht's zum Scannen und in den Druck!!! Auch sonst gibt's einiges zu tun: wir wollen jetzt beginnen mit der Gruppe junger Leute zu arbeiten, die mit mir im Sommer ins Workcamp nach Polen fahren ...die Trainings für die Interviewer wollen

auch vorbereitet werden ...und, und, und.

Das ist leider ein eher nachdenklicher, in einem Stimmungstief geschriebener Bericht geworden, aber auch diese Tiefs sind Teil der Arbeit

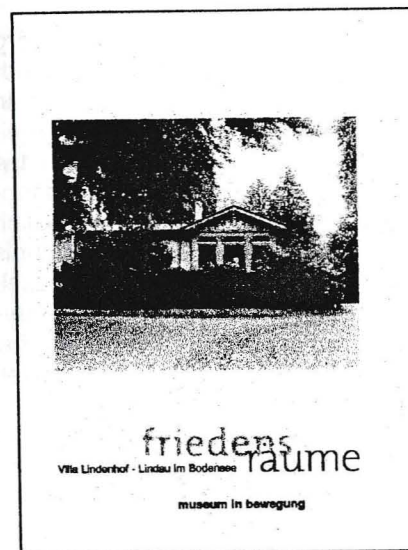
hier. Ich hoffe, beim nächsten Mal dann euphorisch von ersten Erfolgen mit unserem Colours-Projekt berichten zu können!

Michaela Seitz

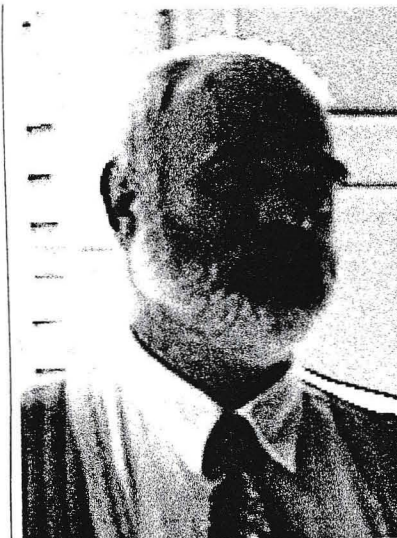
Eröffnung des Friedensmuseums in Lindau

Unter grosser Beteiligung von Gästen aus Lindau und aus unserer Pax Christi Bewegung wurde mit einem vielfältigen Festprogramm vom 11. bis 13. Mai 01 das „Friedensmuseum“ der Bistumsstelle Augsburg mit neuem Konzept

Da ich davon ausgehen kann, dass eine ausführlichere Vorstellung in



und völlig neuem Erscheinungsbild wieder eröffnet. Zunächst gilt den Augsburgern unser aller Bewunderung für ihren Mut ein so grosses und überzeugendes Projekt an zu gehen und durch alle Anfangsschwierigkeiten durch zu tragen.



Unser Pax Christi Generalsekretär
Dr. Reinhard J. Voß bei der Eröffnung

unserer Pax Christi Zeitschrift erfolgen wird, möchte ich neben dem Ausdruck meiner Bewunderung an dieser Stelle nur einige Formalien und Kontaktmöglichkeiten angeben: Die **friedensräume**, das **museum in bewegung** bzw. die **Villa Lindenhof** öffnet zwischen April und Oktober jeweils Dienstag bis Samstag von 10.00 bis 12.00 und von 14.00 bis 17.00 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 14.00 bis 17.00 Uhr. Gelegen im

Lindauer Ortsteil Bad Schachen ist das Museum mit dem Bus vom Lindauer Bahnhof, mit dem Schiff und mit dem PKW zu erreichen. Als Eintritt wird von Erwachsenen 5,- DM und von Kindern zwischen 7 und 16 Jahren 3,- DM erhoben.

Neben einem Besuch, der sich auf alle Fälle lohnen wird, können Sie das Museum auch durch eine Mitgliedschaft im Freundeskreis e.V. unterstützen. Ein Halbjahresprogramm über Veranstaltungen im Museum sowie ein Faltblatt über

Konflikt als Chance

Diesen Titel trägt eine interaktive CD-ROM, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) herausgegeben wurde. In wenigen Worten lässt sich der Inhalt kaum beschreiben, man muss sie sich selbst ansehen und stellt dann schnell fest, wie die Zeit vergeht und immer noch nicht alle Möglichkeiten dieses Mediums erforscht sind. Egal, ob über die Ursachen und Theorien von Konflikten, ob über die Kriege im Spiegel der Medien am Anfang des neuen Jahrtausend, oder aber die Perspektiven der Gewaltspirale und die Modelle zu ihrer Lösung berichtet wird, immer lässt sich von einem zum anderen Thema springen, zu dem Bereich, den man gerade sucht. Dass die Konfliktlösungsstrategien z.B. ziviler Friedensdienst nicht zu kurz kommen und auch Pax Christi einige Male aufscheint, sei nur am Rand erwähnt. Beim Kapitel „Menschen in

spezielle Angebote für Gruppen und Schulklassen sind bei Pax Christi, Ottmarsgäßchen 8, 86152 Augsburg, Tel.: 0821 – 51 77 51 Fax:: - 15 03 25 oder über E-mail:

pc.augsburg@gmx.de erhältlich.

Von dieser Stelle noch einmal unsere herzlichsten Glückwünsche nach Lindau und Augsburg sowie unsere besten Wünsche für ein weiteres gutes Gelingen des Projektes.

Franz J. Herz

Konflikten“ werden sicher einige Jörg Heidig wiedererkennen, der als einer der ersten in einem PC-Projekt in Bosnien als Friedensfachkraft arbeitete. Überhaupt ist besonders das Kapitel „Täter, Opfer, Helden - Menschen in Konflikten“ sehr anschaulich gestaltet. Ein Stichwortverzeichnis bietet schnellen Zugriff zu Einzelthemen sowie Adressen, der Lehrerservice unterstützt Pädagogen bei der Unterrichtsplanung. Im Ganzen eröffnet die CD-ROM sicher vor allem jungen Leuten einen lebendigeren Zugang zu dem Thema Konfliktbearbeitung, anders, als die herkömmlichen Formen das bieten können.

Diese CD-ROM ist zu bestellen beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Referat Bürgerinformation, Postfach 120322, D-53045 Bonn, www.bmz.de

Vielleicht gibt es doch noch eine Chance auf einen wirklichen Ausstieg

Zur deutschen Atompolitik und dem Widerstand gegen Kernkraftwerke seit Sommer 2000 - Überblick und Bewertung

Stephan Pickl

Hier möchte ich Euch einen kurzen Überblick geben, ich hab mich seit Sommer 2000 für das Thema Atom-Ausstieg interessiert, wäre fast auch aktiv geworden, wenn's terminlich gepasst hätte; ich hab die Entwicklungen und Aktionen insbesondere auf der Website und dem Diskussionsforum der Kampagne „x1000malquer“ verfolgt. Von dort stammen auch die meisten meiner Informationen.

1) „Ausstiegskonsens“

Im Sommer 2000 war das wichtigste Ereignis der sogenannte Ausstiegskonsens. um es gleich vorweg zu sagen: in der Anti-AKW-Bewegung wurde er nie akzeptiert, sondern als „Konsens-Nonsens“ abgelehnt.

Tatsächlich kam auch kein richtiger Konsens zustande, da die eine Seite, die der AKW-GegnerInnen, an der Entscheidungsfindung nicht beteiligt war. Es gab nur Gespräche zwischen der Bundesregierung unter Kanzler Schröder und den Betreiberkonzernen. Das Gesprächsergebnis wurde als Konsens hingestellt. Ziel der Regierung war es offensichtlich, das Thema Atomausstieg „vom Tisch zu haben“. In gewissem Sinn hat sie es auch erreicht, denn tatsächlich wird seither nicht mehr über weitere Laufzeiten und Ausstiegsszenarien diskutiert.

Inhaltlich wurde jedoch kein Ausstieg beschlossen, sondern bestenfalls ein geordnetes Auslaufenlassen der AKWs: es wurden Werte vereinbart, bis zu deren Erreichen die AKWs weiterbetrieben werden können, effektiv noch ca. 20-30 Jahre. Jetzt wäre also gerade mal Halbzeit: soviel wie sie bisher betrieben wurden, soviel sollen sie AKWS noch weiterbetrieben werden und entsprechend Atom Müll produzieren. Die Grenze wurde nicht in Jahren gesetzt, sondern in erzeugten Strommengen (Energie) und kann zwischen den Kraftwerken übertragen werden, so dass manche auch noch deutlich mehr Jahre in Betrieb bleiben könnten. Die Abgrenzung nach erzeugter Energie führt u. a. dazu, dass Unterbrechungen - aufgrund von Widerstandsaktionen, politischen Maßnahmen oder betriebsbedingt - die Stromerzeugung nicht reduzieren, sondern den Abschalttermin verschieben.

Zudem wurde in dem Gespräch vereinbart, die Sicherheitsanforderung auf dem heutigen Stand einzufrieren, ganz entgegen dem bisher - und auch sonst in anderen Bereichen - Üblichen, nämlich die Anforderungen stets an den Stand der technischen Entwicklung anzupassen (was ja auch nicht viel ist, denn es heißt, nur das zu fordern, was gerade mit ver-

tretbaren Kosten machbar ist, nicht das, was menschen- und umweltverträglich ist).

In der Vereinbarung, dem sogenannten „Ausstiegskonsens“, macht die Bundesregierung eine Zusage an die Betreiber, künftig den „Ausstieg“ betreffende Regierungsvorlagen erst mit den Betreibern abzustimmen, bevor sie auf die Tagesordnung des Kabinetts gesetzt werden. Ein sehr gefährliches Vorgehen für Demokratie und Rechtsstaat.

Insgesamt ist es also weder ein Ausstieg, noch ein Konsens. Es ist eher das signalhafte Festschreiben der Entwicklung, die eh schon stattfindet, nämlich, dass die großen teuren Kernkraftwerke im Lauf der Zeit abgelöst werden, aber noch Gewinne einfahren dürfen. Gerade die inzwischen eingeführte Strommarkt-Liberalisierung bringt Vorteile für kleine Gas- und Dampfturbinenkraftwerke, die wenig Personalkosten haben und schnell (¼ h, nicht viele h oder Tage) in der Leistung an die Marktsituation angepasst werden können.

2) Zwischenlager, Interimslager

Das zweite wichtige Thema letzten Herbst waren die Vorstöße zur Einrichtung von Zwischenlagern und Interimslagern. Auslöser ist der regelmäßig bei Castortransporten auftretende Widerstand und wohl auch die generellen Probleme mit der Zwischen- und Endlagerung von Atom-müll (die aber wieder nicht gelöst, sondern nur verschoben werden). Es

wurde angestrebt, den Atom-müll am AKW-Standort selbst zu lagern.

Zum einen sollen dort für jahrzehntelange Lagerung „Zwischenlager“ eingerichtet werden. Deren Planung, Genehmigung und Bau dauert jedoch einige Jahre. Zum anderen sollen in der Zeit bis dahin „Interimslager“ eingerichtet werden. Das sind provisorische Lager, so Art große „Garagen“ aus 30 cm dickem Beton, die auf den Kraftwerkshöfen aufgestellt werden. Damit ist grundsätzlich ein jahrzehntealtes Prinzip des Atomrechts verlassen, nämlich am Kraftwerksstandort nicht zu lagern, um die Menge strahlender Stoffe, die in einen evtl. Unfall verwickelt sind, zu minimieren.

Die Diskussion um die Zwischen- und Interimslager führte zu einem interessanten Nebeneffekt: aus den Reihen der Menschen, die in der Umgebung des AKWs wohnen, meldet sich Widerstand, auch von solchen Personen, die (noch) nicht grundsätzlich gegen Kernenergie eingestellt sind, diese Zwischen- und Interimslager jedoch ablehnen.

Im April 2001 ist für das Kernkraftwerk Neckarwestheim ein Interimslager mit 24 Plätzen genehmigt worden. In Biblis ist im Februar ein Genehmigungsverfahren für ein Zwischenlager für 135 Behälter ange-laufen.

3) Aufhebung des Transportesstopps, geplanter Transport von Philippsburg

Dann gab es im Herbst, die Aufhebung seit Jahren bestehenden, noch von der CDU-Umweltministerin Merkle angeordneten Stopps von Castortransporten, damals erlassen aufgrund aufgetretener deutlicher Grenzwertüberschreitungen und deren Vertuschungen.

Im Herbst war also der erste Transport danach vorgesehen, von Philippsburg (bei Mannheim) zur Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague in der Bretagne. Es gab Streit zwischen Frankreich und Deutschland, da Frankreich erst den alten Müll aus der Wiederaufarbeitung zurückgenommen sehen wollte, während Deutschland Not hatte, die abgebrannten Brennstäbe aus den AKWs abzutransportieren: die hatten sich angesammelt, die Zwischen- und Interimslager existierten noch nicht und jahrelang hatte es keinen Transport mehr gegeben. Die AKWs waren voll mit abzutransportierenden Brennstäben und es war knapp, dass in manchem Kernkraftwerk der Betrieb hätte unterbrochen werden müssen.

Neben den diplomatischen Verwicklungen zwischen Deutschland und Frankreich gab es dann Klagen gegen den Transport von Philippsburg nach La Hague. Dann gab es viele Aktionen zur Blockade des Transportes in Philippsburg, gleich nach dem Kraftwerk, wohl mehr als sich die Behörden gedacht hatten. Offensichtlich war die Polizei von der jah-

realten Erfahrung ausgegangen, dass nur die Transporte ins Wendland blockiert werden würden, die andern nicht. Dann gab es Verzögerungen und ein paar Tage darauf die Absage des Transportes (alles in der zweiten Oktoberhälfte 2000).

Anlässlich der Blockade bzw. der Infrastruktur in ihrem Umfeld gab es die kuriose Beschlagnahme einer transportablen Küche, rechtsstaatlich ziemlich zweifelhaft, begleitet von tricksendem Vorgehen: so hieß es zunächst, die Küche müsse den Landkreis verlassen, das reiche, dann wurde sie doch noch beschlagnahmt. Also wieder einer der polizeistaatsartigen Ausreißer, die regelmäßig im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Kernenergie auftreten und für die in der Öffentlichkeit schwer Solidarisierung zu erreichen ist, da es Details zu sein scheinen und da der Widerstand nach meinem Eindruck in breiten Kreisen der Öffentlichkeit als eine Sache „reisender Chaoten“ wahrgenommen wird.

Noch ein Wort zur nationalen Verantwortung, die im Zusammenhang mit der Rücknahme des Atom-mülls aus der Wiederaufarbeitung aus Frankreich gefordert wurde: sie ist oft nur im Hinblick auf die Rücknahme des Mülls gefordert worden, dass aber kein Müll mehr ins Ausland transportiert werden solle, dass bei der sogenannten Wiederaufarbeitung die Menge des Mülls ver20facht wird, dass hohe Gefährdungen von Luft und Meer in der Umgebung der Anlagen auftreten und dass es daher in

nationaler Verantwortung läge, dies dem Ausland nicht weiter zuzumuten, wurde oft nicht gefordert. Die Abnahme des Mülls aus Frankreich hat auch sofort die derzeitigen (April, Mai, ... 2001) Transporte nach Frankreich ausgelöst.

4) Transport nach Gorleben, Frühjahr 2001

Damit sind wir auch schon beim jüngsten und vielleicht bekanntesten Ereignis, dem Castortransport vom Ende März 2001 von La Hague nach Gorleben, dem dann eben ersten Transport nach dem jahrelangen Transportestopp. Der Widerstand gegen diesen Transport war wieder recht groß und deutlich in der Medien-Öffentlichkeit wahrzunehmen.

Die Ziele des Widerstands sind vielfältig:

- den einen geht es um die Verhinderung bzw. den Protest gegen die Atomtransporte als solche
- den meisten aber geht es um einen wirklichen Ausstieg aus dem Betrieb der AKWs überhaupt. Der Widerstand fokussiert sich lediglich an den Transporten (was aber in der Öffentlichkeit aufgrund geschickter Propaganda von Betreiberseite, s. o.: „nationale Verantwortung“ vielfach zu wenig gesehen wird).

M. E. ist der wichtigste Punkt, zu erreichen, dass die Frage des Atomausstiegs erneut ernsthaft auf die politische Tagesordnung gelangt und politisch gelöst wird (anstatt polizeilich die Scheinlösung durchgedrückt wird).

5) Kampagne X1000malQuer

Die Aktionen der Kampagne X1000malQuer (X-tausendmal quer - überall, Artillerie *abschaffen* Straße 6, 27284 Verden, www.x1000malquer.de) zielen konsequent auf gewaltfreies Vorgehen, sind gut organisiert und sprechen somit auch Leute an, die bei anderen Aktionen nie mitmachen würden.

M. E. waren die Aktionen erfolgreich, da deutlich geworden ist, dass das Thema Atomausstieg noch nicht erledigt ist.

Es fiel mir auf.

- der Ticker (das ist der Zähler, der auf manchen Webseiten jeden Aufruf dieser Seite zählt und die erreichte Zahl am Bildschirm anzeigt) der Website von X100malQuer ging im Oktober 2000 von ca. 13 000 auf ca. 30 000 hoch, im Frühjahr 2001 wieder deutlich höher, derzeit (Mai 2001) liegt er bei über 170 000. Die Seite hat also viele Leute erreicht.
- die Berichterstattung hat durchaus differenziert zwischen gewaltfreien und gewalttätigen Formen des Protestes aber auch wieder nach ihrer Logik der Eskalation der Gewalt die größeren Überschriften gewidmet (z. B. in der Süddeutschen Zeitung).

6) Schluß

Es sei noch mal in Erinnerung gerufen, dass die Frage der Endlagerung von Atom Müll völlig ungeklärt ist. Die verschiedenen Lagerkonzepte sind sozusagen nur ein Verschiebemanö-

ver. Währenddessen wird aber weiterhin Atom Müll produziert

Und zum Schluss noch ein positives Wort: (aufgeschnappt vor Jahren in der „ab40“, Stichwort World-Uranium-Hearing)

Die Kernenergie lehne ich nicht ab, lediglich ihre Nutzung bzw. ihren Missbrauch zur Stromerzeugung. Die

Pax Christi International

Leider ist durch ein technisches Versagen der Artikel, den Hilde Jäker geschrieben hat, nicht verfügbar. Aber so geht das in der Hektik des "Gefechtes", wenn der Rundbrief noch fertiggestellt werden muss.

An dieser Stelle sei aber auf das gerade von Pax Christi International auch in deutscher Sprache veröffentlichte Papier "Jenseits von Oslo: Gibt es ein zurück zum Friedensprozess" hingewiesen.

In der Zusammenfassung werden die folgenden fünf Prinzipien als Grundlagen für Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern beschrieben:

1. Das Rückkehrrecht der Palästinensischen Flüchtlinge entsprechend der Resolution 194 der UNO-Vollversammlung

Kernenergie ist Teil der Natur, und bestimmt eine ganz besondere Form der Energie die unsere Achtung und Verehrung verdient, wie andere Formen physikalisch oder seelisch wahrnehmbarer Energien, und mit der wir in Frieden zusammenleben versuchen sollen.

2. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes ebenso wie von Israels Recht auf sichere und anerkannte Grenzen.
3. Das Recht auf Schutz vor (weiteren) Annexionen besetzter Gebiete und vor erzwungenen Veränderungen der demographischen Zusammensetzung Jerusalems.
4. Den vollen Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten, wie verlangt von den Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.
5. Anerkennung der Menschenrechte durch alle beteiligten Parteien.

Das Papier ist im Pax Christi Büro verfügbar.

Kurzmeldungen

Sipri Jahresbericht

(Juni 2001) Die Zeit der Abrüstung nach dem Ende des Kalten Krieges

ist definitiv vorbei. Seit 1998, als die Wehretats auf einem Tiefpunkt angelangt waren, sind die Militärausga-

ben mittlerweile weltweit wieder um fünf Prozent gestiegen.

Die Militärausgaben betrugen im letzten Jahr rund 1840 Milliarden Mark oder 300 Mark für jeden Bewohner dieser Erde. D.h. 2,5% der gesamten Weltproduktion wurde für Militärzwecke aufgewendet.

Dies geht aus dem aktuellen Sipri Jahrbuch hervor. Deutschland wird hier als drittgrößter Waffenlieferant im letzten Jahr verzeichnet. Für 2,8 Milliarden DM verkaufte Deutschland Waffen.

In diesem Zusammenhang sei auch auf das neue Jahrbuch des Internationalen Konversionszentrums in Bonn "Conversion Survey 2000" hingewiesen, welches gerade bei Nomos erschienen ist.

Eurofighter

(März 2001) Wegen der ständig steigenden Kosten für den Eurofighter hat der Bundesrechnungshof (BRH) empfohlen, den geplanten Kauf von vierzig dieser Kampfflugzeuge „auf spätere Jahre zu verschieben“.

Für das gesamte Waffensystem Eurofighter sei mit Entwicklungskosten in Höhe von mindestens 11,4 Milliarden Mark zu rechnen, was bereits „beträchtlich höher“ liege als die im Haushalt 2001 veranschlagten 8,573 Milliarden Mark.

Das Verteidigungsministerium hält indes an dem Plan zur Anschaffung von 180 Eurofighter fest.

Während für den eigentlichen Kauf des Flugzeugs bislang Kosten von 24,7 Milliarden Mark eingeplant sind, rechnet der BRH aber für den Kauf inklusive der vollständigen Ausrüs-

tung und Bewaffnung mit Kosten von mindestens 32,7 Milliarden Mark.

Friedenspreis für Frauen

(März 2001) In Anerkennung der Verdienste von Frauen um Aussöhnung und Frieden haben die Vereinten Nationen erstmals den Millennium-Friedenspreis für Frauen vergeben.

Ausgezeichnet wurden Personen und Organisationen, die sich bei der Überwindung traumatischer Gewalt- und Kriegereignisse im Kosovo, Pakistan, Ruanda, Kolumbien und Papua-Neuguinea engagierten.

Preisträgerinnen sind die kosovo-albanische Kinderärztin Flora Brovina, die für Frauenrechte kämpfenden pakistanischen Anwältinnen Asma Jahangir und Hina Jilani und posthum die im vergangenen Jahr bei einem Flugzeugabsturz umgekommene Veneranda Nzambazamariya aus Ruanda. Die drei ausgezeichneten Organisationen sind die kolumbianische Frauenvereinigung *Ruta Pacífica de las Mujeres*, die Frauenentwicklungsbehörde *Leitana Nehan* in Papua-Neuguinea und die 1988 in Israel gegründete Organisation *Women In Black*, die in vielen Ländern gegen Krieg demonstriert.

Deutsches Museum

Bilder aus Dora

Noch bis zum 27.7. kann im Deutschen Museum die Ausstellung „Zwangsarbeit im Raketentunnel 1943 – 1945“ zum Konzentrationslager Dora angeschaut werden.

Gegen Ende des zweiten Weltkrieges wurde in einer gigantischen

Tunnelanlage in der Nähe der thüringischen Stadt Nordhausen die streng geheime Fernlenkwaffe V2-Rakete mithilfe von KZ-Häftlingen hergestellt. Über 5000 Raketen verließen



die damals größte unterirdische Rüstungsfabrik der Welt, 20.000 Häftlinge mussten in dieser Zeit dort ihr Leben lassen. Der Deckname für die Fabrik und die umliegenden Anlagen war "Mittelbau", für das Konzentrationslager unmittelbar am Südeingang des Tunnelsystems lautete er "Dora". Das Deutsche Museum zeigt eine Fotoausstellung des französischen Museums La Coupole, die Produktion und Arbeitsbedingungen in "Mittelbau-Dora" in eindrucksvoller Weise vor Augen führt.

Woche der ausländischen Mitbürger

Vom 23. bis 29. Sept. 2001 findet wieder die **WOCHE DER AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGER** (Interkulturelle Woche) statt; darin

eingebettet wieder traditionsgemäß am Freitag, dem 28. Sept. der **TAG DES FLÜCHTLINGS**.

Die Woche wurde in diesem Jahr unter das Leitwort **RASSISMUS ERKENNEN – FARBE BEKENNEN** gestellt. Der Tag des Flüchtlings greift noch einen Teilaspekt stärker heraus: **RASSISMUS HAT VIELE GESICHTER – FÜR FLÜCHTLINGE HAT DEUTSCHLAND UNZÄHLIGE GRENZEN**.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss schließt sich mit diesem Thema dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen „Jahr gegen Rassismus“ an und bittet um rege Teilnahme an den Veranstaltungen.

Wer selbst Aktivitäten für diese Woche planen möchte, erhält entsprechendes Material und Anregungen beim:

Ökumenischen Vorbereitungsausschuß zur Woche der ausländischen Mitbürger, Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/Main, Tel.: 069 – 23 06 05 Fax: 069 – 23 06 50

Erlassjahrkampagne

Entschuldung muss weitergehen!! Kommt nach Genua! ist die Botschaft der italienischen Entschuldungskampagne an uns und die Entschuldungskampagnen in aller Welt. In Genua findet der nächste G7 Gipfel statt und dort müssen wir zum Ausdruck bringen, dass wir mit den bisherigen Entschuldungsmaßnahmen nicht zufrieden sind: Entschuldung muss weitergehen!! (Fortsetzung Seite 41)

Leserbriefe

paxchristi - total kommunistisch unterwandert

Liebe PaxChristi Freunde in München.

Nicht nur wenn man eine Reise tut, sondern auch wenn man hierzulande in ein Krankenhaus kommt, kann man was erleben. Wenn Sie wollen, können Sie gerne veröffentlichen, was ich während eines Krankenaufenthaltes über Pax Christ erfahren habe:

paxchristi - total kommunistisch unterwandert

Manches Mal lässt es sich nicht vermeiden, eine gewisse Zeit in einem Krankenhaus zu verbringen. So erging es auch mir und zu allem Überduss musste ich die erste Nacht mit einem Mann verbringen, der sich als echter Neonazi manifestierte. Tätowierungen und Outfit hätten dies eigentlich gleich verraten sollen, aber ich habe eben in dieser Szene noch keinerlei Erfahrungen gemacht. Allerdings nach Äußerungen wie "was mit den Juden im dritten Reich geschah - das ist maßlos übertrieben" oder "Wir müssen endlich die Vorzüge Hitlers richtig würdigen, wurde ich hellwach. Meine Frage, wie er es denn mit der Religion halte, antwortete er, er sei vor 8 Wochen aus der katholischen Kirche ausgetreten, weil PAX CHRISTI die rechten nationalen Kräfte bekämpfe und es eher mit den Kommunisten halte.

Besonders schlimm fand er es, dass Pax Christi die Umbenennung von nach Nazigeneralen benannten Kasernen betrieben habe. So weit so gut, den Fortgang des Gesprächs brauche ich nicht zu schildern. Doch die Connection mit Pax Christi in der Krankenhauswelt geht weiter. Am Tag danach besuchte mich der Katholische Krankenhausgeistliche. Ich erwartete ein tiefsinniges Gespräch über theologische und spirituelle Themen. Weit gefehlt. Das Gespräch glitt ins politische und ich war einfach "platt", dass sich Plattitüden der ersten Nacht wiederholten. Hinweise auf die Untaten Hitlers wurden einfach weggedrückt mit dem Hinweis auf Stalin, der doch noch viel schlimmer war. Meinen Ohren traute ich nicht, als er meinte Pax Christi müsste weg aus der Kirche, weil sie total kommunistisch unterwandert seien. Mein Unverständnis entkräftigte er mit dem Hinweis, dass ich mit meinen vorgebrachten Argumenten der beste Beweis für diese kommunistische Unterwanderung sei. Vielleicht meinte er damit meine Hinweise auf die mögliche Völkerrechtswidrigkeit der Kosovoaktion. Seit 30 Jahren bei Pax Christi und von der kommunistischen Unterwanderung nichts gemerkt - irgendwie muss ich doch ziemlich dumm sein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ferdinand Dietz
Am Pflanzgarten 2

Rundbrief 1/2001

Sehr geehrtes Rundbrief-Team,

Sie wünschen Antwort. Hier gibt sie eine Ordensfrau, die eben das neunzigste Lebensjahr begonnen hat.

Vom "Vorwort" bis zum "Blick ins Internet" verdiente jede Äußerung eine eigene Stellungnahme: Ihre offene Wunde und die des Friedensarbei-

[illegible]

ters, die immense Arbeit, welche ja stets den ganzen personalen Einsatz erfordert. Besonders beeindruckt haben mich die biblisch fundierte, lebensnahe Predigt zum Weltfriedenstag 2001, die Klarlegung auch des alltäglichen Rechtsextremismus und des Skandals, wie Deutschland global seine wirtschaftlichen Interessen mit der Bundeswehr durchsetzen will. Wichtig auch die Weiterbildungsangebote.

Ich kann leider nicht mittun mit Ihrer Friedensarbeit. Aber am 2. Dienstag des Monats um 18 Uhr in St. Bonifaz bin ich im Geist dabei. Am 17. März werde ich fürbitten, dass Ihre Diözesanversammlung gelingt, und den Ostermarschgottesdienst werde ich zu einem ganz festen Anliegen vor Gott machen.

Michaela Seitz möchte ich bei ihrer Arbeit mit 100.-DM unterstützen, die ich zusammengespart habe. Mehr habe ich leider nicht. Es sind gelegentliche Geschenke. Ihre weiteren Berichte wurden mich sehr interessieren.

Wenn auch der Mensch und seine Geschichte ein historisches Gemisch von Sinn und Unsinn ist, erfährt der Gottgläubige im Glauben das Recht des Gerechten und Guten; denn Gottes absolute Gegenwart bejaht und stützt den Vorrang des Rechts vor dem Unrecht. Er ist der Quell der Gerechtigkeit, wenn auch oft als wehrlose Übermacht sich verhaltend.

Nehmen Sie den armseligen Versuch
meines Mittragens an von

Sr. Agathe Steiert OP
82487 Oberammergau

Rechtsradikalismus

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Februar-Rundbrief schreiben Sie (bzw. Frau Wechsler) viel über den "Rechtsradikalismus". Ihre Äußerungen halte ich zum Teil nicht nur für unfundierte, sondern geradezu

für abwegig und abstrus. Obwohl Sie anscheinend keine Ahnung haben, was es heißt, daß über 20 Mio Deutsche Opfer der Vertreibung waren und weitere 10 Mio Deutsche auf der Flucht, durch Hunger, Mißhandlung und sonstigen Vertreibungsfolgen gestorben sind, unterstellen Sie pauschal den Vertriebenen-Verbänden, Landsmannschaften etc., daß sie "rechtsradikal" seien. Anscheinend wissen Sie nicht, was es heißt, unschuldig Heimat, Haus und Besitz und alles zu verlieren und auch noch grundlos geschlagen etc. zu werden. Meine Familie war auch Opfer der Vertreibung und zugleich Opfer des Hitler-Regimes und gerade deshalb bin ich Mitglied im Vertriebenenverband. Die Liebe zu meiner Heimat lasse ich mir von niemandem nehmen. Vielleicht sollten Sie sich einmal die Mühe machen und nachforschen, wieviele Vertriebene an Folter, Grausamkeit oder gar den Märtyrertod gestorben sind. Dann würden Sie wohl solche pauschale Unwahrheiten nicht mehr von sich geben. Die Vertriebenen waren jedenfalls fast zu 90% Christen, im Gegensatz zur heutigen Gesellschaft, wo es fast schon so viele Heiden gibt. Um die geschichtliche Wahrheit wird eben auch pax christi nicht herumkommen.

Mit freundlichen Grüßen
Friederike Purkl
München, den 19.02.2001

Wo bleibt unser positives Ziel?

Lieber Martin, leider haben wir obigen Brief erst vor ein paar Tagen erhalten. Dennoch - das Layout finde ich nun viel gelungener (weil strukturierter, lesbarer, übersichtlicher)! Besonders die 2 Spalten/Seite! Glückwunsch!

- Kommentar zum Bericht von Michaela Seitz: Ich bewundere die Ehrlichkeit dem Rollen- ("wo ist mein Platz?") und dem Sprachfrust gegenüber. Das merken vielleicht auch die Konfliktparteien (Bauern vs. Hirten). Leidet darunter nicht ihre Akzeptanz?(.....trotz ihrer gewiß sehr intelligenten Tools wie Formblatt, Wegwerfkamera). Wahrscheinlich eines der Ur-Probleme von Friedenshelfern - zu mindestens aus meiner Sicht am heimischen Herd. Und noch eine Frage: darf man eigentlich in einem Mediationsprojekt Partei ergreifen für einen Teilnehmer (hier: die Bauern?)
- Kommentar zu "Rechtsextremismus etc." von R. Wechsler: Den letzten Anstrich (S. 28), wo bleibt unser positives Ziel? find ich für PC eigentlich die entscheidende Frage bzw. Aussage.

Bis die Tage
Eckhard Kuhla
ek@ekonsult.de

Aus Konflikten lernen ?

Abschiede regen zu Rückschau und Reflexion an.

Als Franz von pax christi als Friedensarbeiter angestellt wurde, war es für mich eine Selbstverständlichkeit, ihm in die Friedensbewegung zu folgen, da ich das Engagement in einer sozialen Bewegung neben Beziehung und Beruf zu den zentralen Elementen meiner Lebensplanung zähle. Als hauptsächliches Betätigungsfeld hat sich interessenbedingt bald der Bereich Friedenspolitik ergeben, sowohl in der Gruppe "Gewaltverzicht" als auch in der Kommission "zivile Friedenspolitik" und schließlich in der Gruppe "Friedenspolitik" unter dem Generalthema "den Frieden fördern durch gewaltfreie Konfliktstrategien", wozu natürlich das Erkennen und benennen bestehender Konflikte gehört. Im Lauf meiner Tätigkeit konnte ich feststellen, dass pax christi in Analyse und Methodik bei Konflikten in fernen Ländern, bei der Arbeit für und mit Ausländer(n) und Asylsuchende(n) und bei der Gewaltminderung für Jugendliche Großartiges leistet; eine eher aufgeregte Hilflosigkeit spüre ich beim Inlandskonflikt mit den Faschisten; und an Totalverweigerung grenzt die Befassung mit Konflikten in den eigenen Reihen.

Um konkret zu werden: Welch eine Anmaßung spricht aus der Tatsache, dass man Völkern mit einer Konfliktgeschichte von Raub, Vergewaltigung und Mord Helfer mit dem Auftrag zur Versöhnung schickt und gleichzeitig sich unfähig bzw. unwillig zeigt, einen Konflikt auf der

Basis verletzter Eitelkeiten sowohl offen auszutragen als auch ihn nach den selbst formulierten Grundsätzen anzugehen, geschweige denn zu lösen. Bis zur Diözesanversammlung hätte man bei eingengter Sichtweise den Konflikt als einen ganz persönlichen zwischen dem Friedensarbeiter und den Sprechern der Bistumsstelle abtun können, und dementsprechend sind auch Formulierungen wie "die Chemie hat nicht gestimmt" und "die Beziehung ist zerrüttet" geäußert worden. Doch seit dem 17. März stellt sich der Konflikt als ein Konflikt der Bewegung dar, und die Bewegung verhält sich wie die Protagonisten, indem sie eine Mauer der schweigenden Ablehnung errichtet. Die tatsächlich angesprochenen Konfliktpunkte entsprachen in Etwa der Diagnose Schwellung, wo es sich um einen Beinbruch handelt. Sepp Rottmair hat eindringlich die Versammlung aufgerufen, den anstehenden Konflikt als eine Gabe Gottes anzunehmen und aufzugreifen. Sein Appell verhallte ungehört oder wurde aus Angst vor dem, was dann aufbrechen könnte, verdrängt. Für mich wahrnehmbar beschäftigte nur die Gruppe Gewaltverzicht sich intensiv und problemzentriert mit diesem Konflikt. Im Verlauf der Gespräche wurde wenigstens einmal eine mögliche Konfliktsache von Sigrid Martin in die Frage gekleidet: "Könntet ihr (Franz und ich) euch vorstellen, dass viele Mitglieder in der Bewegung sich durch eure Arbeit überfordert und unter Leistungsdruck gestellt empfunden haben?" Vorstellen kann ich es mir.

Bedrohlich gewirkt haben mag auf den Einen oder die Andre auch unser Auftreten als Lebenspartner, da an der Natur unserer Beziehung kein verschleiender Zweifel möglich ist, was zu den Usancen gepflegter Bürgerlichkeit in einem krassen Widerspruch steht.

Als die Stelle eines Friedensarbeiters für München angedacht, dann vorbereitet und schlussendlich eingerichtet wurde, waren die Vorstellungen von seinen Aufgaben sicher mehrfach einem Wandel, folgend dem Wandel der Zeit, unterworfen; die eines Sterbebegleiters hat gewiss nie dazu gehört.

Aber ist es wirklich begründet, dieses Ansinnen als unzumutbar oder undenkbar zurück zu weisen?

Lassen wir einmal die Bedingtheiten der 50-jährigen Geschichte von pax christi mit ihren bewundernswerten Leistungen außer Betracht und stellen uns die Frage nach ihrem Idiom heute. Wenn man den Problemfeldern folgt, die sich in den einzelnen Kommissionen als Arbeitsschwerpunkte von pax christi manifestieren, und nach anderen Gruppierungen sucht, die sich diese Anliegen auch zur Aufgabe gemacht haben, stößt man durchwegs auf Organisationen, die dezidiert, intensiver und effektiver daran arbeiten als pax christi. Selbst Parteien und Kirchen, ja sogar Regierungen vertreten unsere Anliegen wirkungsvoller aus welchen Gründen auch immer. Und Themen wie z. B. Rüstungswirtschaft, ungerechte Sozialordnung im eigenen

Land, innerstaatliche Gewalt u. ä. liegen allenthalben brach.

In der Versöhnungsarbeit der Nachkriegszeit und im Widerstand gegen den overkill des Kalten Krieges hat pax christi eine Leidenschaft entfaltet, die viele Herzen mitgerissen hat, angesichts der friedenspolitischen Herausforderung unserer Tage jedoch erscheint sie mir wie gelähmt.

Es mag sehr überheblich erscheinen, den Konflikt von pax christi München mit ihrem Friedensarbeiter in einen so hochtrabenden Zusammenhang zu stellen, aber eine Äußerung von Wolfgang Deixler zu seiner Arbeit mit Franz könnte erhellend wirken: Wenn man von einem Ziel in seinem Herzen ergriffen ist und sich überzeugen hat können, dass ein "Mitstreiter" das gleiche Ziel genauso verfolgt, dann kann ein persönlicher Dissens nur befruchtend, niemals entzweierend wirken.

Ich selber habe einmal die Zeiten, da wir die Massen nicht zu mobilisieren vermögen mit den sieben fetten Jahren in Ägypten verglichen, während derer wir geistige Grundlagen schaffen und Kräfte sammeln können. Diese Chance ist vertan. Ich fürchte, wir müssen uns tatsächlich um einen Sterbebegleiter umschauchen, weil wir den Glauben an eine Heilung verloren haben.

Ludwig M. Bauer

Blick ins Internet



www.paxchristi.net

Die Internetseite von Pax Christi International wurde neu gestaltet. Hier können auch die monatlichen Newsletter abonniert werden.



www.sueddeutsche.de/wissenschaft

In ihrem Wissenschaftsteil findet sich ein Dossier zum Thema NMD. Hier finden sich neben den Artikeln der SZ zum Thema Raketenabwehr Links zu den Herstellern wie den Kritikern.



www.amnesty.de

amnesty international - 40 Jahre für die Menschenrechte.

Am 28. Mai 1961 schrieb der britische Anwalt Peter Benenson einen Aufruf zu Gunsten der "Vergessenen Gefangenen". Aus diesem Appell ist amnesty international, die weltweit größte Menschenrechts-Organisation entstanden. Wir gratulieren zum Geburtstag! Gerade auch auf den Gebieten zur Wahrung der Menschenrechte und in der Beratung und Betreuung von Flüchtlingen in

Deutschland hat sie Immenses geleistet.

Die ai-Gruppe in der Innenstadt trifft sich leider seit Neustem nicht mehr in unserem Pax Christi Büro sondern wieder in der Hauptgeschäftsstelle (Werkhaus, Leonrodstr. 16, Tel.: 16 54 12, Bürozeiten: montags – donnerstags 17.00 – 19.00), aber unserer guten Zusammenarbeit wird dies hoffentlich keinen Abbruch tun.



Wir sind weiter unter www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi zu erreichen.

Als neuen Service bieten wir Material zum Friedensshirtenwort der Deutschen Bischöfe.

Ihr findet die deutsche Sektion unter www.paxchristi.de.

(Erlassjahrkampagne, Fortsetzung von Seite 35)

Von München startet ein Bus am Freitag, 20. 7 um 12.00 Uhr nach Mailand. Übernachtung mit Frühstück (2 Sterne Hotel) in Mailand. Am Samstag nehmen die Reisenden an Veranstaltungen und der Demo in Genua teil. Nach einem Kultur- und Besichtigungsprogramm am Sonntag Vormittag in Mailand, fährt der Bus zurück und wird am frühen Sonntag Abend wieder in München sein. Rückfragen: Misereor, Arbeitsstelle München, Dachauer Str. 5, 80335 München

Terminübersicht

Juli

- 2.7. 20:00 Perspektiven für Pax Christi München, Pfarrsaal St. Ignatius, Gardinistr. 83
- 10.7. 18.00 Uhr Pax Christi Gottesdienst
In der Krypta von St. Bonifaz, Karlstr. 34, Leitung: Irma Biechele
- 15.7. Friedensweg
reden lernen erinnern
zur jüdischen Synagoge in Augsburg (Einladung Seite 14)
- 20.7. 17:00 Erweiterte Bistumsstellensitzung
- 20.-22.7. Streicht die Schulden jetzt!
Fahrt der Erlassjahrkampagne nach Genua (s. S. 35)

September

- 11.9. 18.00 Uhr Pax Christi Gottesdienst
In der Krypta von St. Bonifaz, Leitung: Robert Zajonz
23. - 29.9. Woche der ausländischen Mitbürger
Rassismus erkennen – Farbe bekennen (Näheres s.S. 35)
- 28.9. Tag des Flüchtlings, Rassismus hat viele Gesichter

Oktober

- 9.10. 18.00 Uhr Pax Christi Friedensgottesdienst
In der Krypta von St. Bonifaz, Karlstr. 34
- 20.10. **ausserdordentliche Diözesanversammlung** (s.S.6)
Es erfolgt noch eine eigene Einladung. Bitte vormerken!

November

- 16.-18.11. Pax Christi Delegiertenversammlung in Lockhum
Einladung erfolgt über die Pax Christi Zeitschrift.
Bitte vormerken!

Gruppen und Kontaktadressen in unserer Diözese

REGIONALGRUPPEN

Dorfen	Wirtz Elisabeth	Wallbergstr. 8	84405 Dorfen	08081/4437
Erding	Bendl Roswitha	Frz.Xav.Mayr-Str.17	85435 Erding	08122/92632
Freising	Fischer Ernst	Zimmermannstr.10	85356 Freising	08161/61223
Gilching	Sausen Andrea	Erdäpfelgarten 5	82205 Gilching	08105/22958
Landshut	Würfel Birgit	Grünlandstr. 1a	84028 Landshut	0871/28117
Mühldorf	Nodes Helmut	Eichenstr. 8	84453 Mühldorf/Inn	08631/2418

PFARREIGRUPPEN

St.Birgitta	Vogt Rosemarie	Fasanenstr.54	82008 Unterhaching	089/6114192
St.Hildegard	Wittner Johannes	Kunzweg 13a	81243 München	089/831072
St.Ignatius	Hahn Sabine	Gardinistr. 57	81375 München	089/716107
Leiden Christi	Fackler Irmgard	Egloffstr. 15	81247 München	089/881021
St.Michael/BaL	Brandstetter Josef	Zehntfeldstr. 180 a	81825 München	089/6881487
St.Quirin/Aub.	Dr. Müller-Leisgang Annette	Pirolstr.7	81249 München	089/86308996

SACHGRUPPEN

Erlassjahr 2000	Neuwirth Angelika	Weidenstr. 51	82223 Eichenau	08141/70636
Eine Welt	Dinkel Wolfgang	Westpreußenstr. 3	81927 München	089/937333
Gewaltverzicht	Rottmayr Sepp	Eduard-Schmidt-Str.26	81541 München	089/659253
Friedenspolitik	Bauer Ludwig	Jagdstr. 7 B	80639 München	089/162116

BISTUMSSTELLE MÜNCHEN

Sprecherin				
Sprecher	Martin Pilgram	Römerstr. 114	82205 Gilching	08105/4948
Geistl.Beirätin	Irma Biechele	Gardinistr. 57	81375 München	089/716107
Kassenführer	Schneider Othmar	Am Düllanger 1	82031 Grünwald	089/6413180
Mitgliederbetreuerin	Schmitz Annemarie	Emanuelstr. 14 a	80796 München	089/3081154
Münchner Kontakte	Wechsler Rosemarie	Maurice-Ravel-Weg 4	80939 München	089/31190520
	Scherer Gertrud	Salzburgerstr. 16	81241 München	089/347850
Asyl/Flüchtlinge	Schelbert Lore	Fritz-Bär-Str. 23	81476 München	089/751970

Büro der Bistumsstelle: Landwehrstr. 44, 80336 MÜNCHEN,
TEL./FAX: 089 / 54 38 515
email: bs-muenchen@paxchristi.de

Friedensarbeiter F.J.Herz, Bürozeit: montags 16-19 Uhr und mittwochs 16-19 Uhr

PAX CHRISTI Landesstelle Bayern: 089 / 16 21 16

Sie finden uns im Internet unter:

www.paxchristi.de oder <http://www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi>

Bankverbindungen:

Kto.Nr: 887 36-801 Postgiro München (BLZ 700 100 80) für Mitgliedsbeiträge und allgemeine Spenden

Kto.Nr.: 220 33 24 LIGA München (BLZ 700 903 00) nur Spenden für die Friedensarbeiterstelle